

GGG

Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
28. (36.) Jahrgang · 1. Dezember 2005 · H 2395 ISSN 1431-8075



www.laenger-gemeinsam-lernen.de

(whv) Das Motto des 29. Gesamtschulkongresses 2005 in Kleinmachnow, zugleich Name der Initiative von zur Zeit zwölf Verbänden, die sich dem Ziel einer „Schule für alle“ verschrieben haben, stand über dem Bildungsfest am 23. September.

Höhepunkt des Abends war der Festvortrag der Bundestagsvizepräsidentin a.D. Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, die als Querdenkerin in ihrer Partei machen Strauß ausgefochten hat und den Sinn des frühen Sortierens von Schülerinnen und Schüler kritisiert. Als Skandal bezeichnet sie es, dass auf diese Weise einem Viertel der jungen Leute der Weg in die Zukunft verbaut wird und so außer dem persönlichen Nachteil für den Einzelnen der Gesellschaft Schaden entsteht, weil viele Begabungen zum Nachteil des Landes nicht genutzt werden.

Auf die Frage, wie diese Einsicht im konservativen politischen Lager Eingang finden könne, gab sie keinen direkten Hinweis. Sie verriet aber einen von ihr in einem anderem Zusammenhang angewandten Trick – nachzulesen im Inneren dieses Heftes - und rief die Zuhörerinnen und Zuhörer zu einer Transferleistung auf. Seitdem wird innerhalb und außerhalb der zwölf Verbände gesucht. Die Ergebnisse der neuen PISA-Studie wurden erst nach dem Kongress veröffentlicht. Beim Bildungsfest waren Details offiziell noch nicht bekannt. Deshalb steht der Beitrag über den Bundesländervergleich 2003 nicht ohne Absicht an erster Stelle. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Berichterstattung über den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell geförderten Gesamtschulkongress.

Seite 5ff

Chancengleichheit ist das Thema geworden

Am 3.11.05 wurden Ergebnisse des zweiten Bundesländervergleichs im Rahmen der PISA-Untersuchung 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Kultusministerkonferenz veranstaltete dazu eine Fachkonferenz in Berlin, von der Ingrid Wenzler berichtet.

Seite 3f

Farbgestaltung für eine hessische Gesamtschule

Seit Sommer 2005 erstrahlt der erste Bauabschnitt der kernsanierten Martin-Buber-Schule in Groß Gerau in frischen Farben. Dass Farben für Schulgebäude ein nicht zu unterschätzendes Gestaltungsmedium sind, belegt dieser Beitrag von Monika Diefenbach.

Seite 16 f

Hartmut von Hentig zum 80. Geburtstag

Für die deutsche Pädagogik, für die Schulreform, die Lehrerbildung, für das Nachdenken und für die Diskurse über das Lehren und Lernen war und ist er seit vielen Jahren Stichwortgeber, Anreger, Mahner und Reflexionspartner. Eine Würdigung von Klaus Winkel.

Seite 19

Politischer Umbruch und dennoch Gesamtschule

Wie der Erhalt der integrierten Gesamtschule trotz des politischen Umbruchs zugunsten bürgerlicher Landesregierungen in vielen Bundesländern zu erklären ist, diese Frage stellt sich Joachim Lohmann. Die Antwort im Kommentar.

Seite 20

Inhalt

Bildungs-Politik

Chancengleichheit ist das Thema geworden 3

Kongressdokumentation

Bildungsfest der

Initiative Länger gemeinsam lernen 5

Rita Süßmuth: „Jeden einzelnen
Schüler fördern“ 6

Stellungnahme des Bundeselternrats 7

29. Gesamtschulkongress der GGG –
ein bildungspolitischer Markstein 8

„Sag’ mir, wo die Gesamtschulen sind?“ 9

Ein ganz persönlicher Rückblick 11

Wanderausstellung „Schule verändern“ 13

Das „Lied von der Gesamtschule“ 13

Die Arbeitsgruppen 14

GGG Intern

Abschied und Neuwahlen 15

Beispielhafte Projekte

Farbgestaltung für eine hessische GS 16

Aus den Ländern 17

H. von Hentig zum 80. Geburtstag 19

Kommentar 20

Impressum

Heft 4/2005 vom 1. Dezember 2005

ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

28. (36.) Jahrgang

Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft
Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann,
Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel
(Koordination), Dr. Michael Hüttenberger
(presserechtlich verantwortlich)

Evenaristraße 46, 64293 Darmstadt,
E-Mail: kontakte@ggg-bund.de

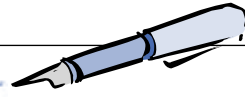
Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach
1307, 26583 Aurich, Telefon: 04941/18777
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vier-
teljährlich. Der Abonnementpreis beträgt
jährlich € 14,- (einschließlich Versand).
Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für
GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Auflage: 4.400 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger
Fotos: W. Vogel, Universität Bielefeld (S. 19)

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.3.2006
Redaktionsschluss: 20.1.2006

... vorab bemerkt



Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

der erste Herbst-Gesamtschulkongress
ist vorbei und es stellt sich die Frage:
Wie haben sich die Terminverlegung
vom Frühsommer (Himmelfahrt) auf
den Herbstanfang und die veränderte
Konzeption ausgewirkt?

Zum Termin: Wie die beiden letzten
nordeutschen Kongresse fand der Bun-
deskongress bei strahlendem Herbstwetter
mit viel Sonnenschein statt, was sicherlich
zur guten Stimmung und dem Erfolg
beigetragen hat, zumal niemand wegen
Kurzurlaubs (Himmelfahrt mit anschlie-
ßendem unterrichtsfreiem Brückentag) an
der Teilnahme verhindert war.

Die neue Konzeption, an zwei aufeinander
folgenden Tagen das nahezu gleiche
Workshop-Programm anzubieten, erst
als schulinterne Fortbildung für ge-
schlossene Kollegien (und hier sogar mit
Schülerbeteiligung) und dann für die
Kongressteilnehmer, hat bewirkt, dass
ein weitaus größerer Kreis von Interes-
sierten das GGG-Angebot wahrnehmen
konnte. Hierzu der Bericht über die
Arbeitsgruppen von Lothar Sack.

Die zweite konzeptionelle Besonderheit
war das Bildungsfest der *Initiative Länger
gemeinsam lernen*, das sich als voller Er-
folg erwies: Inhaltlich durch den Festvor-
trag von Frau Dr. Rita Süßmuth – hierzu
das TAZ-Interview ab Seite 6 – und or-
ganisatorisch durch die Beteiligung von
12 Verbänden, die ein gemeinsames Ziel
– siehe Titel – haben. Die Beiträge von
Ingrid Wenzler und Karin Görtz-Brose,
der Vorsitzenden des Landeselternrats der
Gesamtschulen in NW verdeutlichen
den positiven Effekt des gemeinsamen
Handelns. Die beteiligten Verbände hat-
ten – soweit es möglich war – Sitzungen
an diesem Wochenende terminiert, und
so war das Bildungsfest Bestandteil ihrer
Tagesordnung.

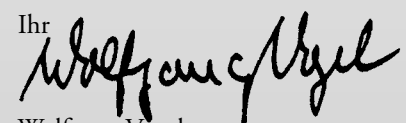
Im Schillerjahr gehören Werke unseres
Dichterkönigs dazu – bei der Eröff-
nung der Wanderausstellung „Schule
verändern“ trug Klaus Winkel zur
Freude der Gäste das „Lied von der Ge-
samtschule“ von Michael Hüttenberger
– frei nach Friedrich Schillers „Lied von
der Glocke“ vor. Wegen einer Erkrän-
kung konnte Michael sein Werk leider
nicht persönlich vortragen.

Im September 2004 hatten wir einen
Beitrag über die „Rhetorik von Schul-
bauten“ zur Rolle des „dritten Erzie-
hers“. In diesem Zusammenhang lenkt
Monika Diefenbach mit ihrem Aufsatz
„Farbgestaltung für eine hessische Ge-
samtschule“ unseren Blick in das Innere
der Schule.

Die Länderberichte vermitteln einen
Einblick in die Situation nach Regie-
rungsumbildungen und in die Tücken
unseres föderalen Bildungssystems:
rot-schwarz in Brandenburg, schwarz-
rot in Sachsen und Schleswig-Holstein,
schwarz in Hamburg und Nordrhein-
Westfalen.

Ein Trost, dass Kontinuität bei unseren
„Gesamtschulvätern“ gibt: Hartmut
von Hentig feierte am 23.9.2005 seinen
80. Geburtstag – zwar nicht mit uns,
aber am ersten Kongresstag – eine Wür-
digung von Klaus Winkel ist in diesem
Heft nachzulesen, und als Kommentar
fasst Joachim Lohmann die Überlegun-
gen einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe beim
Bundeskongress zusammen.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche
ich in den kommenden Wochen eine
stressarme Zeit, friedvolle Feiertage und
vor allem Gesundheit.

Ihr


Wolfgang Vogel
in Vertretung für Michael Hüttenberger.

Chancengleichheit ist das Thema geworden

Zum PISA-Bundesländervergleich 2003

von Ingrid Wenzler

Am 3.11.05 wurden Ergebnisse des zweiten Bundesländervergleichs im Rahmen der PISA-Untersuchung 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Kultusministerkonferenz (KMK) veranstaltete dazu eine Fachkonferenz in Berlin; das nationale PISA-Konsortium unter Leitung von Prof. Prenzel stellte ausgewählte Befunde vor.

Was wird hier eigentlich gespielt?

Zuvor war das Thema schon zweimal ausgiebig in der Presse verhandelt worden, Mit der Vorveröffentlichung von guten PISA-Ergebnissen in CDU/CSU-regierten Bundesländern im Juli 2005 sollte ganz unverhüllt Bundestagswahlkampf gemacht werden. Die Rechnung ging nicht auf. Denn das Thema Chancengleichheit im Schulsystem kann inzwischen einfach nicht mehr ausgeblendet werden, und da stehen die Bayern hinsichtlich der Gymnasialchancen eben weiterhin an der Spitze der Ungleichheit.

Auch der zweite Vorstoß führte nicht zum erwünschten Ziel. Obwohl im Vertrag von KMK und PISA-Konsortium klar geregelt gewesen war, dass bundesweit nur die Gymnasien miteinander verglichen werden können, da die Schulsysteme ansonsten zu unterschiedlich sind, preschten nun die CDU/CSU-Länder und Prof. Prenzel mit der Idee vor, auch die Ergebnisse der anderen Schulformen länderübergreifend miteinander zu vergleichen. Davon versprachen sie sich wieder Gewinn: bayrische Hauptschulen vorn! Wer dieses Vorhaben kritisierte, handelte sich den Vorwurf ein, schlechte Ergebnisse der anderen Schulformen nur vertuschen zu wollen.

Dass beide Versuche der politischen Instrumentalisierung von PISA 2003 ihren Zweck verfehlten, ist wesentlich der ausgesprochenen Dass beide Versuche der politischen Instrumentalisierung von PISA 2003 ihren Zweck verfehlten, ist wesentlich

der ausgesprochen fundierten, sachlichen und aufmerksamen Arbeit der GEW zu danken. Durch die frühzeitige Bereitstellung von gut recherchierten Daten und Informationen wurde der Versuch der parteipolitischen Instrumentalisierung öffentlich durchschaubar. Der beabsichtigten Wirkung wurde der Boden entzogen. Im Gegenteil, der Versuch, von der weiterhin gravierenden Ungleichheit der Chancen von Kindern unterschiedlicher Sozialschichten abzulenken, kehrte sich in sein Gegenteil: Im Mittelpunkt öffentlichen Interesses steht heute die Frage nach der Chancengleichheit. Selbst die Stellungnahmen des Philologenverbandes und der CDU/CSU-Bildungsministerien räumen diesbezüglichen Handlungsbedarf ein!

So mit Ergebnissen von Schulleistungsuntersuchungen umzugehen, ist an sich schon skandalös. Gesteigert wird die Fragwürdigkeit des ganzen Unternehmens noch durch die entstandenen Zweifel an der Korrektheit der Stichprobenziehung, vor allem in Bayern. Dazu wird konsequent geschwiegen. Zu vermuten ist, dass die 11 % der Fünfzehnjährigen, die schon an Berufsschulen lernen, zum leistungsschwächsten Teil des Jahrgangs gehört. Über sie wird nicht berichtet. Ob diese Schulen und die gezogenen Hauptschulen überzufällig unbelastete Schulen in ländlichen Regionen sind oder nicht, da täte Aufklärung not. Der öffentliche Umgang mit dem PISA-Ländervergleich provoziert Fragen und Zweifel.

Wo sind die Informationen zu finden?

Die Ergebnisse des PISA-Ländervergleichs 2003 können hier nicht im Einzelnen präsentiert werden. Sie sind über folgende Quellen leicht zugänglich:

1. <http://pisa.ipn.uni-kiel.de>

Hier sind alle wichtigen Informationen des PISA-Konsortiums zu finden.

2. Der Bildungsserver unter: www.bildungsserver.de

Er ist auch mit den Internet-Seiten aller Länderministerien verlinkt.

3. PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.), PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche? Münster: Waxmann-Verlag 2005. 415 Seiten, Euro 19,90. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich.

4. www.gew.de/PISA_2003

Eine Fundgrube für Information und kritische Diskussion.

5. Arbeitsheft der GEW: PISA verstehen. Hintergrundinformationen zum PISA-Bundesländervergleich 2003. Oktober 2005. Zu bestellen bei GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt /M. E-Mail: info@gew.de

Erfreuliche Ergebnisse an Gesamtschulen

In Kapitel 8 des Buches PISA 2003 werden alle 16 Bundesländer nach einheitlicher Systematik dargestellt. Die Leistungen der untersuchten Fünfzehnjährigen in Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften und Problemlösen werden pro Schulform und Bereich in Perzentilbändern untereinander dargestellt. So wird die Streuung der Fachleistungen pro Schulform erkennbar, ebenfalls die Überlappung der gezeigten Leistungen zwischen den Schulformen. In dieser schematischen Form ist die Präsentation aufschlussreich und macht sinnvolle Vergleiche möglich.

Die Ergebnisse der Gesamtschulen sind erfreulich. An der Leistungsspitze sind die Ergebnisse bestätigend. Trotz des in allen Ländern auftretenden creaming-Effekts (sprachlich und sozial starke Kinder gehen überwiegend zum Gymnasium), ragen die Spitzenleistungen in fast allen Bundesländern weit in den Gymnasialbereich hinein und oft über die Realschul-Spitzenleistungen hinaus.

Aber auch am unteren Ende des Leistungsspektrums sieht es überwiegend gut aus. Es gelingt den Gesamtschulen in all den Bundesländern, bei denen sie dargestellt sind, die leistungsschwächsten ihrer Schüler und Schülerinnen zu höheren Leistungen zu führen, als dies an den Hauptschulen der Fall ist. Dies ist plausibel. Dass die größere Heterogenität der Schülerschaft gerade auch für die Leistungsschwächeren fördernd wirkt, ist ja ein zentrales Argument für die Gesamt-

schule. Die lange gepflegte Behauptung, die Konfrontation mit den leichter lernenden Kindern wirke entmutigend und demotivierend, wird durch die Daten in jedem dargestellten Bundesland klar widerlegt.

Einige Beispiele:

Berlin (27 % an Gesamtschulen): „Wie bereits erwähnt, überlappen die Kompetenzverteilungen an den Realschulen und den Integrierten Gesamtschulen sehr stark. Über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen und den Integrierten Gesamtschulen erreichen Kompetenzwerte, die auf dem gleichen Niveau liegen wie die leistungsschwächeren 60 (!) % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Die Kompetenzwerte des leistungsstärksten Zehntels der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen und Integrierten Gesamtschulen erreichen das Kompetenzmittel an den Gymnasien oder übertreffen es sogar.“ (S. 181)

Bremen (15,5 % an Gesamtschulen): Die Presseerklärung des Senators für Bildung fasst den vergleichbaren Befund für Bremen wie folgt zusammen: „Der Länderbericht belegt die besondere Integrationsleistung der Gesamtschulen in Bremen. Den Gesamtschulen gelingt es sowohl ihre schwachen als auch ihre leistungsstarken Schüler zu fördern, so dass die Risikogruppe an Gesamtschulen deutlich geringer ist als an Hauptschulen, die Leistungsspitze ausgeprägter als an Realschulen.“

Brandenburg (50,1 % an Gesamtschulen): Brandenburg ist ein Sonderfall. Hier waren zum Erhebungszeitpunkt alle potenziellen HauptschülerInnen in den Gesamtschulen. Daneben gab es nur Gymnasien und Realschulen. Wegen angeblicher Nichtbewährung der Gesamtschulen wurden diese per Gesetzesbeschluss zum 1.8.2005 fast vollständig in Oberschulen umgewandelt. Betrachtet man die Ergebnisse im Vergleich der Länder, ergibt sich folgendes Bild: An den Gesamtschulen des Landes Brandenburg sind die Leistungen im unteren Grenzbereich der Kompetenzen über den Kompetenzwerten der Hauptschulen fast aller Länder. Das heißt, die gesamte Hauptschulpopulation befand sich in Brandenburg an der Gesamtschule und erreichte dort z. T. deutlich höhere Kompetenzmindestwerte.

Sie liegen gleichauf mit den Leistungen an bayrischen Hauptschulen und damit mit der stärksten Hauptschulpopulation. (Beachte: In Bayern, nicht in Brandenburg kommen noch 11 % BerufsschülerInnen hinzu). Am oberen Ende der Skala sieht es so aus: „Die leistungsstärkere Hälfte der Jugendlichen an den Integrierten Gesamtschulen und den Realschulen erreicht Kompetenzwerte, die auf dem gleichen Niveau liegen wie die der leistungsschwächeren 60 bis 70 (!) % an den Gymnasien.“ (S. 185) Hinzu kommt der Befund, dass in keinem anderen Bundesland weniger Prozent der Schüler und Schülerinnen eine „verzögerte Schullaufbahn“ haben wie in Brandenburg, nämlich 20,4 %. Dahinter verbergen sich Zurückstellungen, Wiederholungen u.ä. Vergleichbar „niedrig“ liegt nur Thüringen mit 21,9 %.

Diese Daten bestätigen zwar die Qualität der Arbeit und der Ergebnisse der Gesamtschulen in Brandenburg. Sie spielten aber keine Rolle bei der politisch motivierten Abschaffung der Gesamtschule; sie wurden nicht einmal abgewartet. Die Abschaffung von Gesamtschulen ist einfach nur zynisch zu nennen. Leider war es jedoch den Gesamtschulgegnern im Vorfeld gelungen, die öffentliche Debatte bis weit in Gesamtschulkreise hinein so zu verunsichern, dass – entgegen der Faktenlage – ein problematisches Bild ihrer Leistungen entstanden war. *Nordrhein-Westfalen (16,2% an Gesamtschulen):* Während das Ministerium in seiner Presseerklärung vom 3.11.05 auch „Defizite bei den Gesamtschulen“ ausmachen will, zeigt sich das Gegenteil: der Leistungszuwachs an Gesamtschulen ist groß. Ein Ergebnis der in 2004 durchgeführten Lernstandserhebung in allen 9. Klassen war gewesen: Es gibt eine ziemlich genaue soziale Zweiteilung der Schülerschaft. Da sind einerseits die Gymnasien und Realschulen, die einen vergleichbaren sozialen Hintergrund ihrer Schülerschaft aufweisen und andererseits die Gesamtschulen und Hauptschulen. PISA 2003: „Die Integrierten Gesamtschulen und Hauptschulen unterscheiden sich in den Bereichen Naturwissenschaften und Lesen um 80 Punkte“ (zu Gunsten der Gesamtschule) Das untere Leistungsende an Gesamtschulen in NRW liegt durchweg gleichauf mit dem unteren Grenzwert an Hauptschulen in Bayern. Auf der anderen

Seite: „Die Verteilungen an den Integrierten Gesamtschulen und Realschulen überlappen weitgehend: Die Kompetenzwerte von etwa 90 der Realschülerinnen und Realschüler liegen auf dem gleichen Niveau wie die Leistungen an den Integrierten Gesamtschulen.“ (S. 210).

In der Presseerklärung der KMK vom 3.11.05 wird die Gesamtschule aus einem anderen Grund hervorgehoben: „Die größeren Anteile für die Kompetenzentwicklung lassen sich auf den Einfluss von Unterricht, Schule und schulische Rahmenbedingungen zurückführen. Dies wird besonders deutlich bei den aktiven Schulen, die trotz ungünstiger Rahmenbedingungen vorhandene Spielräume aktiv für ihre Arbeit nutzen, z.B. bei Integrierten Gesamtschulen und auch bei Schulen in den neuen Ländern.“ (72 % aktive Gesamtschulen gegenüber 44 % der Hauptschulen, 42 % der Realschulen, 37 % der Gymnasien und 65 % der Schularten mit mehreren Bildungsgängen) (S. 310). Wenn Zeitungen dies melden, nennen sie durchgängig nur die ostdeutschen Schulen!

Vergnügliches und Ärgerliches zum Schluss

Sehr ärgerlich ist die Tatsache, dass in der gesamten Diskussion die Sonderschüler und Sonderschülerinnen nicht auftauchen, weder im Buch noch im Rahmen der Konferenz oder der Stellungnahmen der Ministerien und der KMK. Als ob es sie nicht gäbe, die über 3 bis zu 7 % der Schüler und Schülerinnen pro Bundesland. Sie sind es, die am meisten Zuwendung und Unterstützung brauchen, damit auch sie ein möglichst selbstständiges Leben in gesellschaftlicher Teilhabe führen können. Dazu müssen sie im Blick sein, beachtet werden, integriert werden. Bei PISA 2003 scheinen sie nicht zu existieren. Vergnüglich war die Erläuterung in Berlin, dass es sehr wohl möglich sei, röttere Äpfel (Mathematikleistungen) mit süßeren Birnen (Problemlösekompetenzen) zu vergleichen. Außerdem der Versprecher von Prof. Prenzel während der Konferenz: „Je einfacher das Schulsystem, desto besser die Ergebnisse.“ Im vereinzelten Applaus ging die Antwort auf die Nachfrage unter, warum dann nicht eine Schule für alle das Beste sei. ♦

Das Bildungsfest der Initiative Länger gemeinsam lernen

von Ingrid Wenzler

Die GGG hatte den anderen Verbänden der *Initiative Länger gemeinsam lernen* vorgeschlagen, eine gemeinsame Veranstaltung in zeitlicher und örtlicher Nähe zum Gesamtschulkongress durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und mündete in das gemeinsame Bildungsfest am 23.9.05. Anregender, verbindender als die traditionelle Kongressform sollte das Fest es ermöglichen, dass sich die Initiative unter den Mitgliedern der jeweiligen Verbände stärker verankern kann. Die für viele Mitglieder immer noch eher abstrakte Zusammenarbeit der zwölf Organisationen sollte durch eine schöne gemeinsame Erfahrung zu einer lebendigen, breiter getragenen Kooperation für das gemeinsame Ziel des längeren gemeinsamen Lernens werden.

Das gelang nach Wunsch. Höhepunkt des vielfältigen und abwechslungsreichen Programms war die Rede von Rita Süßmuth (inhaltsgleich das Interview in der TAZ vom 28.9.05, s. nächste Seite) mit ihrer klaren Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle, mit ihrer Aufforderung, Gegenwind zu widerstehen und richtige Ideen

selbstbewusst einzufordern, mit ihren eigenen Erfahrungen, wie lange es dauern kann, bis sich Erfolge einstellen. Dies illustrierte sie an „dem so logischen“ Beispiel ihres Einsatzes für die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe. Über viele Jahre schien es aussichtslos, die eigene Partei dafür zu gewinnen. Erst die Idee, einen „unverdächtigen“ Mitstreiter zu finden, brachte den Durchbruch. Das war ... ein katholischer Bischof! Ob sich für das längere gemeinsame Lernen nicht auch irgendwo „ein katholischer Bischof“ finde, wer dies sein könne, wo er zu finden sei – das Beispiel regte die Phantasie im Saal stark an. Könnte es für uns nicht ein vergleichbares Prinzip geben? Frau Süßmuth machte Mut – und durch ihre Beteiligung nahm die Presse Notiz vom Fest.

Neben politischen Beiträgen gab es Musik, Kabarett, Zaubereien, am Ende noch eine Disko. Aktive waren überwiegend die Mitglieder der Initiative sowie als weitere Gäste Prof. Wulf Wallrabenstein mit schönen Texten zum Thema und Prof. Ulf Preuss-Lausitz. Preuss-Lausitz kommentier-

te temperamentvoll die aktuelle bildungspolitische Situation. Er kritisierte, dass in Deutschland keine lebendige kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung über die empirischen Schulleistungs-



Vincent Steinkl löst schwierige Bildungsknoten durch Zauberei

untersuchungen stattfinden. Öffentliche Wirkungen würden über Aufsätze hervorgerufen, auf die zu reagieren wegen der Planungszeiten von Zeitschriften faktisch nicht mehr möglich sei. So bleiben die Anlage von Schulleistungsuntersuchungen, ihre Zielsetzungen, Wirkungen, Deutungen, die wissenschaftliche Instrumentarien, faktisch unwidersprochen, ein wissenschaftlich und politisch nicht hinnehmbarer Zustand. Diese und die vielen weiteren Anregungen vom Fest wird die Initiative in ihrer weiteren Arbeit aufgreifen. Dies gilt insbesondere auch für die PISA-Lupe. Das nächste Projekt der Initiative wird die weitere Verbreitung der PISA-Lupe und die Bereitstellung von Instrumenten zu ihrer Nutzung in Schulen sein.

Auch der Bundeselternrat führte orts- und zeitnah zum Bildungsfest ein Seminar durch und verabschiedete dort die Erklärung „Länger gemeinsam lernen“ (s. S. 7). Das Bildungsfest stärkte die *Initiative Länger gemeinsam lernen* und ihre auf Zukunft angelegte Kooperation für das gemeinsame Ziel. Solche gebündelte Energie werden wir auch brauchen, um mit unseren Zielen in der Gesellschaft präsent zu sein und weiterzukommen. Das Bildungsfest schuf eine motivierende, stabile Basis dafür. ♦



Dr. Rita Süßmuth verrät, wie sie im konservativen Lager progressive Mehrheiten beschafft hat

Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süßmuth:

„Jeden einzelnen Schüler fördern“



Martina Schmer (GEW) und Ingrid Wenzler (GGG) moderieren die Aussprache zum Referat von Dr. Rita Süßmuth

Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth hat ihren Vortrag auf dem Bildungsfest der „Initiative Länger gemeinsam Lernen“ ohne Manuskript, frei und überzeugend in ihrer Argumentation gehalten. Das erleichterte das Zuhören – ebenso frei und ohne Notizen und Mitschrift. Wenige Tage später erschien in der TAZ das mit deren freundlicher Genehmigung nachfolgend abgedruckte Interview von CHRISTIAN FÜLLER, in dem die entscheidenden Argumente aufgeführt werden.

TAZ: Frau Süßmuth, Sie unterstützen die neue Länger-lernen-Initiative. Was heißt „länger gemeinsam lernen“?

Rita Süßmuth: Unser Ziel ist, dass die Schule die Kinder künftig weniger früh voneinander trennt. Heute werden Schüler in der Regel nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schultypen aufgeteilt. Statt dieser harten Übergänge wollen wir uns um ein fließendes Umsteigen bemühen. Das Bildungssystem muss durchlässiger werden.

Sie wollen den Kardinalstreit um die dreigliedrige Schule wieder anheizen?

Nein, das wollen wir ausdrücklich nicht. Wir wollen nicht die leidige Strukturdebatte neu führen. Da gehen die Jalousien der Menschen sofort runter. Uns interessiert das Wohl des Kindes. Wie kann eine bessere individuelle Förderung jetzt sofort beginnen, heißt die Frage. Denn in dieser Disziplin sind die deutschen Schulen nachweislich nicht besonders gut.

Warum jetzt sofort?

Ein Viertel der Jugendlichen ist nur bedingt ausbildungsfähig. Das wissen die Handwerksbetriebe schon lang. Die internationale PISA-Studie hat dafür nun zum zweiten Mal eine Art empirischen Beweis geliefert. 25 Prozent Risikoschüler, dieser Tatbestand hört sich für viele offenbar wie eine nüchterne Zahl an. In Wahrheit verbirgt sich dahinter ein gesellschaftlicher Skandal: Wir verbauen einem Viertel der jungen Leute den Weg in die Zukunft. Das muss sich ändern. Das schulden wir dem einzelnen Kind, und wir schulden es uns als Gesellschaft.

Was ändert es, die gemeinsame Schulzeit auf neun Jahre auszudehnen?

Es geht gar nicht so sehr um die Zeit. Ein anderer Unterricht ist das Ziel. Der Mythos hinter dem deutschen Ausleseprinzip heißt homogene Lerngruppe. Es herrscht immer noch die Annahme, dass man durch rechtzeitiges Sortieren der Schüler homogene Gruppen schaffe und es dadurch Einheitlichkeit im Klassenzimmer gebe.

Und die gibt es nicht?

Nein, die Forschung zeigt uns: Durchwegs uniforme Lerngruppen gibt es gar nicht, auch dann nicht, wenn ich etwa nur hoch begabte SchülerInnen zusammensetze. Auch dort herrscht Vielfalt, jeder Lerner ist einzigartig. Die Schule muss endlich verstehen, dass heterogene Gruppen mehr und besser lernen.

Aber unsere PISA-Ergebnisse verbessern sich. So erklären es uns die Kultusminister. Niemand will an den relativ guten bayerischen PISA-Resultaten herumdeuteln. Nur ist es doch so: Wenn die Annahme wirklich stimmte, dass man in homogenen Gruppen am besten lernt, dann müsste Deutschland ganz vorne beim Weltvergleich des Lernens stehen. So ist es aber nicht. Im Gegenteil: Andere Länder, die das Prinzip Vielfalt in der Klasse anwenden, stehen weit vor uns – gerade was die Zahl der Risikoschüler betrifft.

Das individualisierte Lernen ist ein Fetisch geworden. Wie geht das eigentlich?

Wir müssen jedes Kind da abholen, wo es steht, und jedes Kind steht eben woanders. Am besten ist es, die Stärken des einzelnen Schülers zu suchen. Bislang ist das Schulsystem – ich sage ausdrücklich das System, nicht der Lehrer – darauf geeicht, bei den Schwächen des Schülers anzusetzen und ihn in die einzelnen Schultypen einzuteilen.

Wie heißt das neue Prinzip?

Von den Stärken ausgehen - und dann individualisieren. Wo sind die Talente, wie kann ich den Prozess fördern, dass der einzelne Schüler sich weiterentwickelt?

Wie soll das gehen in Klassen mit 25 bis 30 Kindern?

Indem man die Klassen in Kleingruppen aufteilt. Immer wieder muss die Klasse in Gruppen differenziert werden. Das unterscheidet sich von Fach zu Fach, von Lernsituation zu

Lernsituation. Finnische Lehrer sind, so viel wissen wir, wahre Künstler darin, sich ihre Lerngruppen immer neu und individuell zusammenzustellen.

Eine enorme Anforderung an die Lehrer!

Aber es geht. Das zeigen viele Grundschullehrerinnen tagtäglich. Der Lernansatz des Binnendifferenzierens fehlt heute weitgehend in unserem Schulsystem. Dabei gab es diese Didaktik früher in den Volksschulen, wo alle Lernniveaus in einem Raum versammelt waren.

Welchen Namen hat diese neue Schule?

Die meisten Schulen international haben verschiedene Formen des *comprehensive learning*. In Deutschland kommen wir aber mit dem Begriff der Gesamtschule nicht weiter. Da sind die bitteren Erfahrungen aus dem Schulkampf der 70er-Jahre noch zu frisch. Wir wollen mit unserer Initiative nicht wieder in die alten Gräben hinein. Deswegen sprechen wir von „länger gemeinsam lernen“. Im Mittelpunkt steht eine andere Art des Lernens. Wenn heterogene Lerngruppen erst einmal bessere Ergebnisse als die pseudohomogenen erzielen, stellt sich die Strukturfrage ganz neu und anders.

Das klingt diplomatisch – und verkleistert einmal mehr, dass die deutsche Schule ein pädagogisches Apartheidssystem darstellt.

Wir haben in Deutschland ein ständisches Schulwesen. Die Hauptschule entspricht der früheren Volksschule fürs gemeine Volk. Die Realschule nimmt die Mittelschicht auf, das Gymnasium wendet sich an eine Bildungsoberklasse. So sieht, wenig überzeichnet, die heutige Schulstruktur aus. Und die reicht nicht mehr für eine Wissensgesellschaft mit einer dramatisch sich beschleunigenden Alterung. Wir müssen jeden einzelnen Schüler voranbringen, weil wir jeden später als Bürger und als Finanzier des Sozialsystems brauchen. Wir können uns die dreigliedrige Schule schlicht nicht mehr leisten. Die Ersten, die das erkannt haben, sind die Unternehmen.

Aber wie wollen Sie das institutionell voranbringen? Die Kultusminister fechten einen harten Kampf gegen das, was Sie erreichen wollen.

Es wird ein langer Weg. Die Debatte um die Schulformen ist immer noch völlig verkrustet, ich weiß das. Gerade deshalb brauchen wir

eine Reformbewegung, die von innen heraus zeigt, dass auch hoch begabte SchülerInnen durch inneres Differenzieren in der Klasse noch besser gefördert werden, als wenn man sie in eine Spezialschule steckt. Diese Bewegung wird deutlich machen, dass die Kinder durch eine andere, individuelle Lernförderung weiterkommen als im traditionellen System.

Welche Rolle spielt PISA dabei?

Jenseits aller Details heißt die erschütternde Botschaft von PISA: Ihr beginnt zu spät mit dem Lernen – und ihr sortiert die Schüler zu früh. In keinem System der Welt ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft,

zwischen Elternhaus und Bildungschancen so hoch.

Wenn Sie ein so großes Rad drehen wollen, wäre es dann nicht notwendig, andere Bündnispartner zu gewinnen?

Die Initiative ist schon jetzt sehr weit gespannt, auch die Eltern sind ja etwa über den Bundeselternrat mit von der Partie. Aber unser Netz wird sich um soziale Institutionen und Partner aus der Wirtschaft erweitern. Daran sind das Handwerk und die Industrie sehr interessiert.

Interview: Christian Füller ♦

Stellungnahme des Bundeselternrats

zur Diskussion um die Schulstruktur bei der Hauptausschusstagung vom 23. bis zum 25. September 2005 in Potsdam-Geltow

Der Hauptausschuss des Bundeselternrats bestätigt die in den bisherigen Stellungnahmen deutlich gemachte Position zum Thema „Länger gemeinsam lernen“ und fordert gleichzeitig einen ergebnisoffenen Diskurs darüber.

Schule und Unterricht müssen so gestaltet werden, dass kein Kind verloren geht, aufgegeben oder abgeschoben wird.

In einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess muss die Schule als Lern- und Lebensraum für Schülerinnen und Schüler gestaltet werden, die Verbesserung der Unterrichtsqualität hat Vorrang. Gleichzeitig müssen Schulen ermutigt und befähigt werden, neue Wege bis hin zu einer guten Schule für alle zu gehen.

Das Schulwesen der Zukunft muss aus dem bestehenden entwickelt werden.

- Schule ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft: Alle mitnehmen, keinen zurücklassen.
- Schule ist ein Ort der Erziehung, des Lernens und des Lebens: Jedes Kind hat das Recht, in der Schule erfolgreich zu lernen und Sozialkompetenz zu erwerben.

Wir wissen, dass die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems und die Entwicklung einer neuen Schule für alle keine Allheilmittel für die Lösung aller Probleme unseres Schulsystems sind. Wir sehen es aber als unbedingt erforderlich an, dass in der Gesellschaft ein ergebnisoffener Diskurs über diese Frage stattfindet.

Kurzfristig ist ein Bündel von Reformschritten erforderlich:

- Fördermaßnahmen so früh wie möglich
- Ganztagschulen mit ganzheitlichen pädagogischen Konzepten
- Individuelle Förder- und Lehrpläne für jedes Kind als Teil eines differenzierten Unterstützungssystems an jeder Schule
- Verbesserte Unterrichtskultur und -qualität und entsprechende Lehrerbildung
- Bildungsstandards als Mindeststandards und sinnvolle Feedback- und Evaluationsstrukturen

In der Weiterentwicklung unseres Schulsystems und der Verbesserung der Unterrichtsqualität müssen alle gemeinsam arbeiten: Alle Schulformen, alle Eltern, alle Lehrerinnen und Lehrer, alle Schülerinnen und Schüler müssen sich gleichermaßen in diesen Prozess einbringen (können) – unabhängig davon, ob sie dem gegliederten oder einem integrierten Schulsystem angehören.

29. Gesamtschulkongress der GGG: ein bildungspolitischer Markstein

von Ingrid Wenzler

Herrliches Herbstwetter, hervorragende Gastgeber in der Maxim-Gorki-Gesamtschule und der Gemeinde Kleinmachnow, viele Teilnehmende, darunter drei ganze Gesamtschulkollegien – die äußeren Rahmenbedingungen des 29. Gesamtschulkongresses der GGG waren ebenso gut wie die Stimmung und die große Zufriedenheit mit den inhaltlichen Angeboten.

Dieser Rückblick des Bundesvorstandes konzentriert sich auf die bildungspolitische Seite des Kongresses. Da ist zunächst die landespolitische Dimension.

Gesamtschulpolitik in Brandenburg

Extremer hätten die politischen Gegensätze rund um zwei Kongresse nicht sein können: Als die GGG im Jahr 1993 ihren ersten Kongress in Brandenburg durchführte, war dieses Bundesland kurz zuvor zum Bundesland mit den meisten Gesamtschulen geworden, es waren mehr als 250 Schulen für deutlich über 50 % der Schülerschaft. Doch schon damals konnte keine Euphorie aufkommen. Gymnasien und Realschulen wurden errichtet und in personeller und sächlicher Ausstattung

vielfach bevorzugt. Die Bildungspolitik in Land und Kommunen war, trotz des klar erkennbaren starken Geburtenrückgangs, nicht auf Integration orientiert – vielfach sogar dagegen. Die Gesamtschulen leisteten gute Arbeit, besser als vielfach wahrgenommen. Unter anderem die landesweite Mathematikuntersuchung QuaSUM (2000) belegte dies klar.

Dies war der Stand, als die GGG im Jahr 2003 beschloss, den 29. Gesamtschulkongress wieder im Land Brandenburg durchzuführen, diesmal in Kleinmachnow. Wegen des Rückgangs der Schülerzahlen war inzwischen die Zahl der Gesamtschulen im Land auf unter 200 geschrumpft, und im Sekundarbereich war das „Tal“ noch nicht erreicht. Was hätte näher gelegen, als aus 50 % Gesamtschulen 100% zu machen und so ein richtiges, nämlich gut erreichbares, vollständiges, förderndes Schulsystem für alle zu errichten? Das Gegenteil trat ein: Die große Koalition in Brandenburg (mit Ministerpräsident Platzeck und Bildungsminister Rupprecht, beide SPD) schaffte mit Beginn des Schuljahres 2005/06 die Mehrheit der Gesamtschulen einfach ab und führte stattdessen ein Schulsystem mit Gymnasien und Oberschulen ein. Nur die Gesamtschulen,

die eine eigene Oberstufe führen und 42 Schüler und Schülerinnen für die Jahrgangsstufe 11 haben, dürfen so lange als Gesamtschulen weiter bestehen, wie diese Oberstufe vorhanden ist. Im ersten Jahr nach Nichterreichen der Oberstufe, so bestimmt es das Gesetz, muss die Gesamtschule ebenfalls in eine Oberschule umgewandelt oder aufgelöst werden.

Was dies bedeutet, beschrieb der Kreisschulrat Herr Rosenau in seinem Grußwort an den Kongress am Freitagmorgen sehr prägnant: Es ist die Entscheidung für das Grundprinzip des selektiven Systems, für die Hierarchie der Schulformen.

Im Vorfeld des 2. Kongresses in Brandenburg waren also fast 90 % seiner Gesamtschulen per Gesetz aufgelöst worden. Die gastgebende Maxim-Gorki-Gesamtschule in Kleinmachnow gehört glücklicherweise zu den 20 verbliebenen Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe, so dass der Kongress wenigstens in einer Gesamtschule stattfinden konnte!

Natürlich beschäftigte sich der Kongress mit dieser Situation (s. Beitrag von Raimund Oehlmann in diesem Heft auf der nächsten Seite). Für den Bundesvorstand der GGG entstand dabei eine Aufgabe, der er mit Energie und Entschiedenheit nachgeht: Die Unterstützung von „überlebenden“, aber gefährdeten Gesamtschulen. Minister Rupprecht geht jetzt schon von einer weiteren Halbierung der Zahl der Gesamtschulen auf 10 im ganzen Land aus. Wie dieser Prozess beschleunigt werden kann, zeigt die aktuelle Krise in Pritzwalk. Durch Beschluss des Kreistages soll die Gesamtschule aufgelöst werden, obwohl sie in ihrem Bereich die höchste Schülersnachfrage hat. Dem Kreistag liegt für die Sitzung am 3.11.05 eine Beschlussvorlage vor, nach der zum Schuljahr 2006/07 an der Gesamtschule einfach keine Klassen mehr gebildet werden sollen. Das wäre es dann gewesen. Die in eine Oberschule umgewandelte Realschule (geringste Nachfrage) und das Gymnasium sollen gesichert werden, so die offene Begründung.

Der Vorgang macht sprachlos, in seinem Eifer, in seiner Abgebrühtheit und Häme gegen eine hervorragend arbeitende Ge-



Die Hausherrin Christiane Feuerstake begrüßt am Freitag die KongressteilnehmerInnen. Erste Reihe von links: Kreisschulrat Rosenau, Ingrid Wenzler

samtschule, in seiner Nichtbeachtung klarer Gesetzesbestimmungen. Die Gesamtschule hat den Rat der Stadt Pritzwalk und tausende Bürgerunterschriften hinter sich. Das ist lokalpolitisch wichtig und stärkt die Gesamtschule in ihrem Überlebenskampf. Seit dem Bundeskongress unterstützt der Bundesvorstand den Förderverein der Schule in seinem Kampf um die Erhaltung der Schule aktiv. Der GGG-Vorstand wird auch die Entwicklung an anderen Orten in Brandenburg sehr genau beobachten und, wo nötig und gewünscht, alle Unterstützung geben, die möglich ist.

Politische Situation der Gesamtschule nach den Wahlen des Jahres 2005

Rückschritte gab es leider nicht nur Brandenburg, davor folgten sie auf Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen, Hamburg, dem Saarland. Nach den Wahlen im Jahr 2005 in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Bund haben sich die Bedingungen für die volle Integration der Sekundarstufe I weiter verschlechtert. Der Schub, der durch PISA möglich schien, scheint zu verpuffen. Stattdessen werden Gesamtschulen in den Bundesländern in ihrer Arbeit stark beeinträchtigt. So vereinbarte die Mitgliederversammlung als aktuelle strategische Schwerpunkte:

- Keine Abstriche vom Ziel der gemeinsamen Schule für alle Kinder, als

eigenständiges Ziel und als Orientierungspunkt bei allen Einzelaktivitäten

- Die Abwehr von Verschlechterungen für Gesamtschulen, wo sie drohen
- Servicefunktionen für Gesamtschulen wie Fortbildungen, Ermöglichung schulübergreifender Kooperationen usw., damit ihre Qualitätsentwicklung gesichert bleibt.

Aus mehreren Bundesländern liegt schon die positive Erfahrung vor, dass die GGG bei dieser Arbeit für die Gesamtschulen auf aktive und verlässliche Bündnispartner zählen kann.

Pflicht zu äußerer Fachleistungsdifferenzierung aufheben

Der Gesamtschulkongress 2003 in Köln gab den Anstoß zu diesem Arbeitsschwerpunkt. Mit Heft 56 der Blauen Reihe hat die GGG Materialien für Schulen bereitgestellt, die die äußere Fachleistungsdifferenzierung reduzieren wollen. Diese Arbeit der GGG und ihres Arbeitskreises KMK könnte bald von Erfolg gekrönt werden. Denn während des Kongresses 2005 in Kleinmachnow verdichteten sich Hinweise, dass die KMK die Pflicht zur Kursbindung für die Abschlussvergabe



Kreisschulrat Rosenau erklärt Ingrid Wenzler die Logik des brandenburgischen Schulgesetzes

in Klasse 10 ersetzen könnte durch den Bezug auf die Standards. Dies würde bedeuten, dass der erreichte Schulabschluss dann inhaltlich durch die erreichte Leistungshöhe ermittelt wird, wie es einzig sinnvoll ist, und nicht mehr an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Fachleistungskurs gebunden ist. Damit wäre eine Entwicklung möglich, die innerhalb der Gesamtschulen neue integrative Perspektiven eröffnet. Bestätigt sich dies, wäre auch der nächste Arbeitsschritt bestimmt: die Übernahme der KMK-Regelung in Landesverordnungen zu erreichen. Eine lang geforderte, integrative Binnenstruktur der Gesamtschulen würde endlich offiziell möglich! ♦

„Sag’ mir, wo die Gesamtschulen sind, wo sind sie geblieben?“

Eine Podiumsdiskussion über die Bildungspolitik im Lande Brandenburg.

von Raimund Oehlmann

Ein Lehrstück über die Verwirrung in und mit Begriffen und über die Verwirrtheit von Politik.

Es wirken mit:

- ein Bürgermeister, Kleinmachnow, Herr Blasig,
- ein Staatssekretär, Martin Gorholt, SPD
- eine GGG-Bundesvorsitzende, Ingrid Wenzler

- eine Mutter, Landeselternrat, Petra Brückner
- ein GEW-Vertreter, Renato Albustin Und: die Teilnehmer an einem Bildungsjammerwettbewerb unter der Leitung des allbekanntesten Moderators Tom Blaschke.

Für alle, die sich in den vielfältigen Strukturen der Bildungsfürstentümer Deutschlands nicht, nicht mehr oder noch nicht auskennen, sei kurz der Hintergrund des Stücks skizziert.

Brandenburg besitzt eine große Koalition von SPD und CDU, die an der sechsjährigen Grundschule festhält, ab diesem Schuljahr eine neue Schulform einführt, die Oberschule. Die hat keine gymnasiale Oberstufe (GOS). Gesamtschulen ohne Oberstufe (GOS) werden Oberschulen ebenso wie Realschulen; werden ein mal zu wenig Schüler in der 11. Klasse einer Gesamtschule (also noch mit GOS) angemeldet, wird die Gesamtschule eine Oberschule (also ohne GOS); Gymnasien wird's mehr geben: es sollen ja mehr Schüler Abitur machen. Man nennt das ein „Zweisäulensystem! – Soweit alles klar? Die Teilnehmer des Jammerwettbewerbs, Schüler Süleyman, Mutter mit hochbegabter Tochter, resignierter Lehrer, treten

zu drei Fragerunden an: Förderung als Aufgabe von Schulen, Trennung von Schülerinnen und Schülern, Vollständigkeit des Bildungsangebotes bei dramatisch zurück gehenden Schülerzahlen – das sind die Prüfsteine für die Podiumsteilnehmer. Den Kabarettisten unter der Leitung des herrlich parodierenden Moderators gelingen dreimal flotte Einstiege ins Thema. Doch dann wird's jedes Mal ein Trauerspiel.

Erster Aufzug: Der Staatssekretär erklärt den Unterschied zwischen „drinnen“ und „draußen“. Außerdem weiß er, was eine Einheitsschule ist.

Entscheidend sei doch nicht, was draußen dran stehe sondern was drin sei, meint Martin Gorholt, Staatssekretär im Bildungsministerium, auf die Frage, wie denn Förderung in hierarchisch strukturierten Schulsystemen gelingen könne. Die IGS sei eben mehr Haupt- und Realschule. Und überhaupt sei die Zweigliedrigkeit die Antwort auf die demografischen Herausforderungen Brandenburgs. Förderung müsse früh einsetzen, dann kämen ja sechs Jahre Grundschule, danach müsse eben in den Schulformen gefördert werden.

Frau Brückner vom Landeselternrat assistiert. Zum Teil seien eben Gesamtschulen in Brandenburg bessere Hauptschulen gewesen und hätten sich nicht gegen die Konkurrenz von Realschulen und Gymnasien halten können. Hier müsse auch die Frage nach der inneren Verfasstheit einer Gesamtschule Beachtung finden.

Martin Gorholt hakt hier ein. Brandenburgs Politik hätte schnell reagieren müssen, weil eine breite Stimmung in der Elternschaft für das System „aus dem Westen“ gewesen sei – und nennt flugs die Gesamtschule in der Diskussion „Einheitsschule“. Und überhaupt: die PISA-Ergebnisse seien kein Kronzeuge für ein integratives System (Gorholt: Einheitsschule).

Renato Albustin kritisiert die Verwendung des Begriffs „Einheitsschule“ als Kampfbegriff und will nicht verstehen, warum es anders als in Skandinavien in Deutschland nicht möglich ist, unabhängig von Parteienmacht und jeweiligen Koalitionen ein von unterschiedlichen Parteien und



von links: Wolfgang Blasig (Bürgermeister Kleinmachnow), Martin Gorholt (Staatssekretär SPD), Ingrid Wenzler (GGG-Bundesvorsitzende), Petra Brückner (Landeselternrat), Renato Albustin (GEW-Vertreter)

der Bevölkerung getragenes stabiles Bildungssystem zu installieren. Im übrigen, so meint er, hätten wohl viele Eltern nach der Wende das Abitur für ihre Kinder gewollt, was nicht unbedingt hieße, dass sie das Gymnasium gewollt hätten.

Zweiter Aufzug: Hier geht es um die Frage, wie man Durchlässigkeit durch Verschärfung von Selektion schafft.

Selektion, so Gorholt, sei unvermeidlich, immerhin setze sie in Brandenburg erst nach der 6. Klasse ein. Die Schulzeitverkürzung sei ein allgemeiner Trend in Deutschland und nicht mehr aufzuhalten. Dadurch würde die Durchlässigkeit geringer, zumal es in seinem Bundesland schwierig sei, das gymnasiale Angebot in der Fläche vorzuhalten.

Dem GEW-Vertreter bleibt jedoch unklar, warum die Bedingungen für Versetzungen verschärft worden seien und das Grundschulgutachten verbindlich die künftige Schulform vorschreibe. Dies würde doch die Durchlässigkeit auch nicht gerade verbessern.

Und die Landeselternratsvorsitzende verpflichtet ihm bei. Die Förderung in der Oberschule für einen letztlich gymnasialen Bildungsgang stünde lediglich auf dem Papier.

Ingrid Wenzler weist den Staatssekretär auf die besonderen Aufgaben der Ober-

schule hin: „...berufliche Ausbildung“ stünde da. Dies sei doch gleichbedeutend mit der Zuweisung einer bestimmten Funktion für diesen Bildungsgang und stünde nicht für Offenheit.

Martin Gorholt verweist dagegen darauf, dass die Lehrerkollegien selbst entscheiden könnten, ob die künftige Oberschule integrativ oder kooperativ geführt werde.

Dritter Aufzug: Ein vollständiges Bildungsangebot – auch in fast menschenleeren Gebieten der „Streusandbüchse“ Deutschlands.

...sei ihm, Gorholt, besonders wichtig, es sei sozusagen erstrangig. Vollständigkeit sei aber auch relativ, z.B. in der Uckermark und der Region Prignitz, da würde Vollständigkeit auch „weiter weg“ bedeuten.

Der Bürgermeister bedauert. In einer wohlhabenden Gemeinde wie in Kleinmachnow könne man eine reiche Schullandschaft vorhalten, in vielen Teilen Brandenburgs jedoch nicht. Dieser Trend würde sich verschärfen, Geld weit weg von den Zentren sei eben auch weitestgehend weg.

Petra Brückner (Landeselternrat) befürchtet, dass weite Wege zum nächsten Gymnasium von vielen Eltern in Kauf genommen würden, aber es auch immer mehr Eltern gäbe, die sich einen Anstieg zusätzlicher Ausgaben für Bildung nicht leisten könnten.

GGG und GEW setzen nach. Es gäbe auch in Finnland und Schweden fast menschenleere Gebiete; trotzdem würde mit der Gesamtschule ein komplettes Bildungsangebot vor Ort ermöglicht. Wohnortnahe Grundschulen gäbe es auch (noch) in Brandenburg – warum dann nicht eine Schule der Sekundarstufe I?

Was nimmt er denn nun mit, der Herr Staatssekretär, aus der Diskussionsrunde, fragt ihn Ingrid Wenzler.

Im strukturschwachen Raum, so Martin Gorholt, sei integrative Beschulung besser (hat schon gelernt: Er soll nicht „Einheitschule“ sagen). Das Elternwahlverhalten

werde sich jedoch anders ausrichten: „Die schicken ihre Kinder lieber ins 30 km entfernte Elitelymnasium.“ „Trotzdem“, so betont er, „ich bin für Integration, Selektivität ist ein Grundübel.“ Wie schade, so dachte der eine oder andere Zuhörer, dass er dann für eine andere Bildungspolitik steht.

Zum Schluss meldet sich eine Schule zu Wort, bei der nicht die Schule selbst das Problem ist, wie man schnell merkt: Die Gesamtschule aus Pritzwalk.

Die soll nämlich geschlossen werden. Und deshalb möchten zwei Vertreterinnen dieser Schule dem Staatssekretär eine Petition mitgeben.

Der Fall liegt so: 1990 hat die Schule 7 bis 8 siebte Klassen, später nur noch vier. Hat er also doch recht, der Staatssekretär – die Eltern wollen eben nicht?

Weit gefehlt. Die Verringerung der Zügigkeit ist Wille des Schulträgers (CDU-Mehrheit). Die Realschule sollte mehr Schüler haben. Laut Beschluss aus dem Februar 2005 wird die Gesamtschule nun zweizügig, bis ... ? Die eigene gymnasiale Oberstufe stünde damit vor dem Aus.

Und da haben dann doch noch ein paar Zuhörer etwas verstanden von der Bildungspolitik in unserem schönen Deutschland. Ein Jammer! ♦

Ein ganz persönlicher Rückblick ...

von Karin Görtz-Brose, Vorsitzende vom Landeselternrat der Gesamtschulen in NW, e. V.

Die Vorfreude auf ein ausgiebiges GGG-Wochenende in Kleinmachnow mit dem gesamten LER-Vorstand, sieben Vorständler und ein Ehepartner, war groß. Das angekündigte Programm mit Feiern, Geselligkeit und Workshopangeboten machte uns richtig Lust. Unsere Expertin für „Mobilität“ hatte schon Wochen vorher die DB-Tarife und Fahrpläne studiert und Schalterbeamte „belästigt“, um ein Frühbuche-Ticket-Schnäppchen zu ergattern, was ihr (wie immer) gelang. So hatten wir unser Wochenende bereits auf „der Bahn“ gemeinsam und stressfrei begonnen ... Kurzum, gut gereist, Unterkunft und Verpflegung super – los ging's zum Fest. Getreu dem NRW-Schul-Motto „kurze Beine – kurze Wege“ hatten wir nur ein paar Minuten von der Unterkunft zum Festsaal zu laufen und waren im richtigen Augenblick eingetroffen. Es gab reichlich zu Essen und Trinken, aber wichtiger als der Magen war das Herz: Begrüßungen unter Freunden und Weggefährten: viele herzliche Umarmungen hatte es gegeben, auch mein ehemaliger Arbeitslehre-Lehrer (ca. 1972, Gesamtschule Dortmund Scharnhorst) blieb nicht verschont!

Der Abend fing jedenfalls gut an, Wiedersehen macht eben ganz viel Freude. Der Saal füllte sich alsbald und Ingrid Wenzler eröffnete das Bildungsfest der *Initiative Länger gemeinsam lernen*. Besonders beeindruckt hat mich an diesem Abend Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, die ich nach ihrer Zeit an der Dortmunder Uni nicht mehr live erlebt hatte (auch ca. 20 Jahre her ...).

In ihrer Festrede vertrat sie bildungspolitische Positionen, die ich von anderen CDU-Politikern bisher leider noch nicht vernehmen konnte: Kritik an der Selektionsschule als Ständeschule vergangener Zeiten, ein Plädoyer für heterogene Lerngruppen verbunden mit einem Appell, nicht aufzugeben und weiter das Ziel unserer Initiative zu verfolgen, Schule besser machen, z.B. mit individualisiertem Unterricht. Ihr Beispiel,

wie man Politiker, die sich seit Jahren als resistent gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen erweisen, dennoch überzeugen kann, war mir in meinem Gedächtnis hängen geblieben: Der Überbringer der Botschaft (Überzeugung) sollte eine Person mit großem Ansehen und Respekt sein, der qua Amt für die Gegenseite eine Autorität darstellt. So hatte sie selbst nach 25 Jahren erfolgloser Überzeugungsarbeit schließlich einem katholischen Bischof angetragen, die Botschaft zu überbringen, dass Vergewaltigung in der Ehe eine Straftat sei. Seine Mission war erfolgreich, wie wir wissen, ein strategischer Schachzug, Ausdauer und Beharrlichkeit führten schließlich zum Erfolg.



Workshop 11 mit TeilnehmerInnen-Mix

Seitdem denke ich angestrengt darüber nach, wer unser „katholische Bischof“ sein könnte, wo doch schon seit mehr als 40 Jahren viele „Päpste“ (Picht, von Hentig, Herz, Rolff, Tillmann, Böttcher, Schleicher ...) die Botschaft vom Sinn „länger gemeinsam lernen“ und „einer Schule für alle Kinder“ Politikern aller Parteien überbringen, leider mit nur mäßigem Erfolg. Sollte unser „katholische Bischof“ vielleicht besser eine Frau sein? (Geht nicht – oder?) Der erste Abend war noch recht lang, wie Feste halt so sind, Essen, Trinken, Amüsieren und eine kurze Nacht. Jedenfalls waren wir Eltern (trotzdem) pünktlich zu den Workshops am nächsten Morgen in der Maxim-Gorki-Gesamtschule. Mit riesig großen Buchstaben stand an der Schule „Herzlichen willkommen“ – vielen Dank! An Gastfreundschaft war die Schule nicht zu übertreffen! Jetzt gab es reichlich „Futter für den Kopf“ – gut so, dafür waren wir auch gekommen! Wir Eltern hatten uns auf die Workshops verteilt, je nach Interesse.

Interessant war für mich die Arbeit der Integrierten Gesamtschule (IGS) Bad Oldesloe zum Thema „individuelle Lernplanung“, von Kerstin Wode und Klaus Mangold in der AG2 vorgestellt. Das Konzept der Gesamtschule zielt darauf ab, konsequent zu fördern und Schulversagen zu vermeiden. Von der Umsetzung, dem Schulalltag und der konkreten Arbeit zu erfahren, war wirklich spannend! Eine aufwendige Diagnosephase schärft ganz offensichtlich den Blick der Lehrer für die Stärken und Schwächen der Kinder, die Förderphasen sind für jedes Kind systematisch durchgeplant, Doppelbesetzung der Klassenlehrerfunktion, Hausbesuche, Freiarbeitsstunden, Lernwerkstätten, „Ich bin ich -Kurse“, Einbeziehung der älteren Schüler als „Lehrer“, um nur einige Stichworte zu nennen. Interessant war für mich wegen der aktuellen Diskussion bei uns in NRW eine Randbemerkung von Kerstin Wode, dass der Elternsprechtag längst abgeschafft ist. Lehrer informieren ihre Eltern, wenn was anliegt, Eltern machen es ebenso. Mich hatte das Bad Oldesloer Modell zur individuellen Lernplanung ziemlich beeindruckt (andere Teilnehmer auch), weil die

Schule ihre innere Organisation den selbst gesetzten Zielen angepasst hat: regelmäßige Termine für Teamsitzungen (sog. Dienstversammlungen, zu der ein Lehrer einlädt, der mit anderen Kollegen etwas zu regeln hat – selbstverständlich müssen die, die es angeht, dann auch kommen – Vereinbarungen/Absprachen sind das Schmieröl für das Team), pädagogische Konferenzen und Lehrerkonferenzen.

Auf die Nachfrage, wie die Schule das denn alles so geschafft hätte, kam von Klaus Mangold der Hinweis, dass „Umwege die Ortskenntnis erhöht“ hätten, auch wahr. Alle anderen Vorstandsmitglieder fanden ihren jeweiligen Workshop ebenfalls interessant und wir wollen für unsere Elternarbeit die vielen Informationen noch zusammenstellen und nutzbar machen.

Am Spätnachmittag hatten wir uns noch zur Elternrunde zusammengefunden, mangels weiterer Eltern aus anderen Bundesländern glich diese Veranstaltung allerdings mehr einer erweiterten Vorstandssitzung. So hatten wir ausreichend Gelegenheit, die Sonne im Innenhof zu genießen, die Ausstellung „Schule verändern“ zu besuchen und ein wenig zu verschnauften.

Am Abend wurde es ernst auf der Bühne – eine Gesamtschule in Brandenburg ist in ihrem Bestand bedroht – und der Staatssekretär im brandenburgischen Bildungsministerium, Herr Gorholt, erklärte dem Publikum, warum die Situation der Gesamtschule in Pritzwalk so ist. Von der betroffenen Schule waren zwei Vertreterinnen des Fördervereins der Schule im Publikum und konnten auch ihre Sichtweise darstellen: ihre Schule, die lange einen großen Überhang hatte, war mit „verordnetem Rückbau“ systematisch, nach Art der Salamatik, kaputt gemacht worden. Protest-

märsche, Unterschriftenaktionen, Pressewirbel hatten diese Politik nicht aufhalten können. Unglaublich – dachte ich, ob das wohl in NRW auch passieren könnte? (Wir dürfen nicht vergessen, uns einen katholischen Bischof zu suchen!)

Jedenfalls waren die künstlerischen Darbietungen der Schüler von der Maxim-Gorki Gesamtschule an diesem Abend super klasse, so dass es wieder ein langer Abend wurde (aber schön war`s)...

Als GGG-Mitglied war ich selbstverständlich auch zur GGG-Mitgliederversammlung am Sonntag Morgen gegangen.

Ein dickes Dankeschön war von der Versammlung an die Leiterin der Maxim-Gorki-Gesamtschule, Christine Feuerstake und ihre helfenden Hände, die Schüler und Eltern, gegangen, für ihre außerordentliche Gastfreundschaft und das Engagement, mit dem sie alle den Kongress gestaltet haben. Nach einem guten Kongress gestärkt war es wichtig, den Blick nach vorne zu richten. Mit Ingrid Wenzler als alter und neuer Bundesvorsitzender und einem kompetenten Vorstandsteam an ihrer Seite wird bundesweit an einer Weiterentwicklung unserer Gesamtschulen gearbeitet. Das Bündnis „Länger gemeinsam lernen“ wächst und mit der PISA-Lupe erreichen wir auch unsere Eltern vor Ort. Das bleibt unsere Aufgabe ... in diesem Sinne freue ich mich schon jetzt auf den nächsten Kongress. ♦



Ingrid Wenzler dankt Christine Feuerstake und den besonders aktiven Helfern

Wanderausstellung „Schule verändern“

(whv) Ein besonderer Besuchermagnet im Rahmen des Kongresses war die Eröffnung der Wanderausstellung „Schule verändern“ aus Schleswig-Holstein, die in der Turnhalle der Maxim-Gorki-Gesamtschule aufgebaut war. Die sechs Schwerpunktthemen **Ganztagschule, Förderung, Integration, Kooperation, Leistung und Lernende Schule**

sind an konkreten Beispielen aus schleswig-holsteinischen Gesamtschulen dar-

gestellt und dokumentieren genau die Anforderungen, denen sich das deutsche Bildungswesen zu stellen hat.

Die ausführliche Beschreibung (von Dr. Christa Lohmann) dieses beispielhaften Projektes haben wir im Juni-Heft 2005 veröffentlicht.

Da niemand die Fülle der Themen und Ideen während eines Besuches aufnehmen kann, war von Anfang an geplant, einen Katalog zur Ausstellung zu präsentieren.

Außer der Wiedergabe der inhaltlichen Charts enthält der Band die Steckbriefe aller schleswig-holsteinischen Gesamtschulen.

Zur Refinanzierung der erheblichen Kosten für die Ausstellung wird der Katalog für 5 Euro verkauft. Wer die Veranstalter auf diese Weise unterstützen möchte, kann ihn beim GGG-Landesvorsitzenden bestellen: Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24147 Klausdorf / Schwentine (E-Mail: Diet_Ziel@t-online.de). Er ist ebenfalls Ansprechpartner für Interessenten, die die Ausstellung in ihrer Region präsentieren möchten. ♦

Das Lied von der Gesamtschule

von Michael Hüttenberger (frei nach Friedrich Schiller „Das Lied von der Glocke“)

Fest verankert in der Szene
Steht sie – nur nicht außerhalb.
Heute sei gelobet jene,
GGG'ler, seid zur Hand!
 Wer was Gutes weiß
 Sag's in diesem Kreis.
Sollt das Werk der Schulen loben,
Denn kaum Segen kommt von oben.

Zu Schulen, die wir woll'n verbreiten
Geziemt sich wohl ein ernstes Wort;
Wenn gute Reden sie begleiten,
Entwickeln sie sich stetig fort.
So lasst uns jetzt mit Lob betrachten,
Was durch viel Engagement entspringt,
Den schlechten Mann muss man verachten,
Der ignoriert, was hier gelingt.

Das ist's ja, was den Menschen zieret,
Und dazu ward ihm der Verstand,
Dass er im innern Herzen spüret,
Was PISA lehrt ihn unverwandt.

Nehmt den Mensch von jedem Stamme,
Lasst ihn in die Schulen rein,
Lasst ihn lernen, möglichst lange,
Nur gemeinsam muss es sein!
 Macht das Lernen frei,
 Lobt Erfolg herbei!

So die zähe Wissensspeise
Macht die Menschen klug und weise!

Herein! Herein!
Ihr Kinder alle, schließt den Reihen!
Dass wir die Schulen tausend weihen,
Gesamtschul' soll ihr Name sein!
Zum Lernen in herzinnigem Vereine
Versammle sie die vielfält'ge Gemeine.
Und dies sei fortan ihr Beruf.
Dazu die GGG man schuf:
Soll Kultusbürokratenstreben,
Mit Schulen, derart aufgestellt,
Ein strukturelles Vorbild geben –
So Anschluss finden an die Welt!

Jetzo mit der Kraft des Stranges
Den wir stets gemeinsam zieh'n
Bleiben Schulen solchen Klanges
Nicht mehr länger Utopien.
 Ziehet. Ziehet! Strebt
 Nach Veränd'ring! Hebt
Schulsysteme aus den Angeln,
An Erfolg wird's dann nicht mangeln!

Coda:
Wenn PISA's Glocken künftig läuten
Und Schülerleistungen man misst,
Wird Freude es im Land bedeuten –
Weil Deutschland an der Spitze ist!



In Vertretung des Geschäftsführers Michael Hüttenberger trägt Klaus Winkel das Lied von der Gesamtschule vor

Terminhinweis

Das Kölner Institut zur Förderung der Teamarbeit feiert Geburtstag mit einer Tagung. Das Institut für Teamarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, mit Fortbildungsangeboten kooperative Lernformen in Schulen zu unterstützen: Gruppenarbeit in Klassen zu fördern, Teams im Kollegium zu entwickeln, teamorientierte Strukturen einzuführen.

Datum: 20. Mai 2006

Ort: Gesamtschule Köln-Holweide

Zeit: 9.00 – 17.00 Uhr

Nähere Angaben dazu in unserem nächsten Heft.

Der 29. Gesamtschulkongress – Die Arbeitsgruppen

von Lothar Sack

Der Kongress ist seit einigen Wochen vorbei: Zeit ein wenig Bilanz zu ziehen.

Vieles war dieses Mal anders als bisher: Der Termin, die Länge, die Kopplung mit dem Bildungsfest der Initiative „Länger gemeinsam Lernen“, das für mehrere der hier zusammenarbeitenden Organisationen Auftakt zu eigenen Veranstaltungen war – so auch für uns.

Eine wesentliche Neuerung war es auch, das Arbeitsgruppenprogramm als „SCHILF“-Angebot den (möglichst) kompletten Kollegien interessierter Schulen anzubieten. Die Idee dahinter: Wenn sich alle Lehrer/innen einer Schule an einem Tag mit Veränderungsideen beschäftigen, die in dieselbe Richtung zeigen, dann hat sich die Schule ein Stück bewegt.

Die inhaltliche Idee des AG-Angebots war, einen Beitrag zur Weiterentwicklung einer Pädagogik der Schule für Alle zu leisten. Die Rolle der GGG ist es dabei vornehmlich, die Praxis vieler Kollegen und Schulen, die hierfür Beiträge in ihrer täglichen Praxis erbringen, zusammenzuführen und bekannt zu machen. Sie sind ein Beleg dafür, dass nicht nur in den PISA-Siegerländern eine fortschrittliche Pädagogik gemacht wird. Der wesentliche, von uns aus wahrnehmbare Unterschied zu den anderen Ländern ist allerdings, dass sich diese Praxis dort nicht gegen den bildungspolitischen „main stream“ behaupten muss, sondern dass sie dort weitgehend selbst der „main stream“ ist.

Inwieweit die Absichten realisiert werden konnten, soll ein wenig ausgeleuchtet werden. Dass ich als ein an der Konzipierung des AG-Programms beteiligtes Vorstandsmitglied und noch dazu als Schulleiter einer der „SCHILF“-Schulen unter einem gewissen Erfolgszwang stehe, sei gern zugegeben. Die bei mir angekommenen Rückmeldungen – vorzugsweise aus meinem eigenen Kollegium, aber auch aus den beiden anderen beteiligten Schulen – lässt mich dieses Vorhaben aber frohen Mutes wagen.

Die drei profitierenden Schule befinden sich in jeweils unterschiedlichen Situationen:

Die Maxim-Gorki-Gesamtschule, gastgebende Kongressschule in Kleinmachnow, - mit ca. 80 Teilnehmern, davon ca. 40 Schüler - hat gerade die Fährnisse des neuen brandenburgischen Schulgesetzes hinter sich gebracht und darf weiterhin Gesamtschule bleiben; das verdankt sie ihrer Oberstufe, sicher aber auch der Anerkennung auf lokalpolitischer Ebene.

Die Jules-Verne-Schule in Berlin-Hellersdorf mit ca. 20 Teilnehmern ist die erste nach der Wende im Osten Berlins gegründete Gesamtschule, der letztlich diese lokalpolitische Anerkennung versagt blieb. Sie soll nun zum Ende des Schuljahres 2005/2006 aufgelöst werden.

Die Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Neukölln – mit ca. 60 Teilnehmern – ist die mit ihrer Gründung im Jahre 1948 älteste staatliche Gesamtschule Deutschlands. Sie ist eine der nicht so sehr zahlreichen Schulen, die alle Jahrgänge 1 bis 13 unter einem Dach vereint.

Den insgesamt ca. 160 „SCHILF“-Teilnehmern am Freitag standen am Sonnabend ca. 100 „normale“ Kongressbesucher gegenüber. Die eigentlich erbetene kurze schriftliche Rückmeldung aus den Arbeitsgruppen ist noch nicht vollständig, so dass eine systematische Auswertung erst demnächst möglich sein wird. Einschätzungen und Meinungsäußerungen liegen mir aus meinem eigenen Kollegium bisher zu der Mehrzahl der AGs vor, durchweg positiv bis begeistert. In mehreren Fällen wurden spontan Besuche der sich präsentierenden Schulen vereinbart:

AG 1 Lernerfolg – was sonst? (Andreas Müller, Institut Beatenberg): Beeindruckt hat das durchgängige Prinzip der Kompetenzorientierung für die Gestaltung des Lernens, als besonders gelungen wurde die Übertragung des von den Fremdsprachen her bekannten Ansatzes der Kompetenzebenen auf die anderen Fächer bzw. Lerninhalte angesehen: ein hilfreiches und (fast) notwendiges Instrument für die Individualisierung von Lernprozessen.

AG 4 Einstiege in kompetenzorientiertes Lernen (Renata Kroha, Jörg de Faria, IGS Kastellstraße): An Hand zweier konkreter Unterrichtseinheiten wurden die Möglichkeiten (und Schwierigkeiten) des Umganges mit Kompetenzrastern durchgespielt. Ein Thema wurden bereits von Kolleginnen in unseren Grundschulklassen praktisch erprobt. Einer anderen Unterrichtseinheit wurde ein (leicht modifiziertes) Kompetenzraster zu Grunde gelegt.

AG 5 Jahrgangübergreifender Unterricht (Bernd Waltenberg, Annette Kästner, Reformschule Kassel): Die jahrelangen Erfahrungen der Reformschule (zusammen mit den anerkannten Erfolgen der Schule) waren gerade für die Kolleg/en/innen aus der Fritz-Karsen-Schule besonders interessant, da sich unsere Schule ebenfalls entschlossen hat, jahrgangübergreifendes Lernen (zunächst) in der Grundstufe zu etablieren. Leider litt die gewünschte Diskussion unter den massiven Vorbehalten anderer AG-Teilnehmer gegen diesen pädagogischen Ansatz.

AG 6 Fachübergreifende Themenarbeit (Hartmut Steinhauer, Lutz Vensler, IGS Flötenteich): Das vorgestellte Konzept wurde insbesondere von unseren Naturwissenschaftlern als anregend für den eigenen Unterricht gesehen. Es bietet Chancen für fächerübergreifendes bzw. fächerverbindendes Lernen und unterstützt gleichzeitig individuelles Lernen.

AG 7 Individualisieren und Fördern im schulischen Alltag (Ursula Gressung-Schlobach, IGS Sulzbachtal): Als besonders interessant wurde die inhaltliche und organisatorische Konzeption des vorgestellten Förderkonzeptes angesehen. Der vorgestellte Diagnosebogen quasi als „Leitbogen“ für Fördermaßnahmen hat bereits Nachahmer gefunden. Kommentar einer Kollegin über die AG: „Ich weiß jetzt, was ich Montag anders mache.“

AG 9 Gute Schulen, schöne Schulen (Britta Lessmann, Akademie Gestaltung im Handwerk, Münster): Britta Lessmann gelang es, die Phantasie der Teilnehmer so anzuregen, dass für jeden Ideen für die

bessere Gestaltung von Teilen seiner Schule greifbar wurden. Es stellte sich dabei heraus, dass es in jeder der vertretenen Schulen fast gleiche Probleme mit vernachlässigten Ecken gibt, dazu zahlreiche praktische Tipps. Danke!

AG 10 Ganztagschule – mehr Chancen für das eigenverantwortliche Lernen und Handeln (Renate Buschmann, Jochen Arlt, IGS Flensburg): Besonders zwei Ideen haben überzeugt:

Erstens das (von mir so genannte) „Curriculum-Tableau“. Zur Planung eines Schuljahres geben die Fachbereiche die zu behandelnden Fachthemen, ihren Zusammenhang und den Grad der antizipierten Selbstständigkeit der Schüler bei ihrer Erarbeitung an. Die Jahrgangsteams legen dann die zeitliche Anordnung der Fachthemen fest, schaffen so fachübergreifende Zusammenhänge und sorgen für eine zeitliche Verteilung der Lernphasen mit starker Schülerselbstständigkeit.

Zweitens die (relativ lange) Mittagsfreizeit. Eine größere (ca. eineinhalbstündige) Mittagspause gibt außer zum Mittagessen Gelegenheit für zahlreiche von Schülern (z.T. gegen Honorar) durchgeführte Aktivitäten (Bibliothek, Mediothek, Arbeitsgemeinschaften für jüngere Schüler, Schülervertretungsveranstaltungen, ...)

AG 11 Selbst- und Fremdeinschätzung – Pensendbücher als ein Werkzeug im altersgemischten Lernen (Monika Peater, Christa Reimann, Montessori Gesamtschule Potsdam): Von den Referentinnen wurden viele konkrete Ideen nicht nur referiert, sondern durch das mitgebrachte Material erlebbar gemacht. Die AG wurde von unseren Kolleginnen für die bevorstehende eigene Arbeit in altersgemischten Gruppen als so anregend und hilfreich empfunden,

dass spontan ein Besuch vereinbart wurde. Im Vorfeld war die relativ große Zahl der aus der gastgebenden Schule teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, so auch von mir, mit einer gewissen Sorge betrachtet worden: Leidet nicht die Funktion der Lehrerfortbildung unter der Tatsache, dass bis zu einem Drittel einer AG die Teilnehmer Schüler waren? Die Erfahrung gab den Skeptikern unrecht. Die Schülerinnen und Schüler waren nirgendwo Hemmschuh für die AG-Arbeit, im Gegenteil in vielen Situationen trugen ihre aktiven Nachfragen und Beiträge zu Klärung und Verständnis bei. Also keine Angst vor der Partizipation von Schülern!

Der Freitag, also der Fortbildungstag für Kollegien, besser Schulen (nach den Erfahrungen mit den teilnehmenden Schülern sollte man diese Aussage nicht auf das pädagogische Personal beschränken) war, so kann man mit Fug und Recht auf der Grundlage der bisher vorliegenden Rückmeldungen sagen, ein voller Erfolg: Es waren mehr Teilnehmer als am folgenden Tag „normale“ Kongressbesucher, es waren größtenteils neue Menschen, die mit der GGG in Kontakt kamen, ihre Rückmeldung ist insgesamt sehr positiv, für die GGG entsteht kein organisatorischer Mehraufwand, da das AG-Programm für den Kongress sowieso geplant werden muss, die Referenten können ihren Vorbereitungsanfang - ihnen sei für ihre engagierte Arbeit herzlichst gedankt - zweimal nutzen. Der finanzielle Mehraufwand der GGG für die zusätzliche Übernachtung der Referenten ist gut angelegt. Angesichts dieser Bilanz werde ich mich in den entsprechenden Beratungen des Hauptausschusses für die Beibehaltung des „SCHILF“-Tages als Bestandteil des Gesamtschulkongresses aussprechen. Ich gehe davon aus, dass andere dies genau so sehen. ♦

Abschied und Neuwahl

(whv) Mit einem Büchergutschein dankte Ingrid Wenzler der langjährigen Kassenprüferin Ursula Helmke für ihre Wacht über Haushalt und Finanzen der GGG und schloss damit auch Adalbert Goldbach und Hermann Pape ein, die leider verhindert waren.

Dr. Ingo Kunz schied nach großem Engagement als Elternvertreter aus dem Vorstand aus – seine Kinder sind mittlerweile aus der Gesamtschule „herausgewachsen“.

Nach der Entlastung des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung standen Wahlen auf der Tagesordnung, mit folgendem Ergebnis:

- Vorsitzende: Ingrid Wenzler,
- stellvertretender Vorsitzender: Lothar Sack
- Geschäftsführer: Dr. Michael Hüttenberger,
- Schriftführer: Raimund Oehlmann (neu im Vorstand)
- Beisitzerin: Christine Feuerstake
- Beisitzer: Klaus-Dieter Harder (Elternvertreter, neu im Vorstand)
- Beisitzer: Wolfgang Vogel

Ein Bild des neuen (und z.T. alten) Vorstandes folgt in der nächsten Ausgabe, wenn nach der konstituierenden Sitzung im November in Kassel die Aufgabenverteilung festgelegt ist.

Als Kassenprüfer wurden drei Norddeutsche neu gewählt: Sabine Lucas (Bremen), Dieter Hildebrandt (Niedersachsen), Andreas Baumgarten (Hamburg). ♦

Danke!

(whv) Ein ganz herzliches Dankeschön sprechen wir allen aus, die durch ihren engagierten Einsatz zum guten Gelingen des Kongresses beigetragen haben. Ganz besonders hervorzuheben ist hier die Leiterin der Kongressschule, Christine Feuerstake, die es verstanden hat, mit viel Geduld in der Planungsphase das viele Hin und Her bei grundsätzlichen und Detailfragen Nerven zu behalten, vor Ort alles zu organisieren und an den Kongresstagen eindrucksvoll zu zeigen, wie alle Mitwirkenden ihre Aufgaben engagiert, freudig und höflich erfüllen, wenn sie entsprechend motiviert werden. Danke, Christine!

Ein besonderer Dank geht auch Tamara Berndt und ihr Küchenteam. Ihnen ist es gelungen, über 300 Leute mit leckerem Essen, erfrischenden Getränken und einem reichhaltigem Kuchenbuffet zu verwöhnen.

Der Gemeinde Kleinmachnow danken wir in Person von Bürgermeister Wolfgang Blasig für die großzügige Unterstützung; wir konnten die Räumlichkeiten der Schule und den neuen Rathaussaal mit einem geschmackvollem Blumenschmuck nutzen.

Last not least gilt unser Dank dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, das auch unseren diesjährigen Bundeskongress mit einem angemessenem Zuschuss unterstützt hat.



Farbgestaltung für eine hessische Gesamtschule

von *Monika Diefenbach*

Seit dem Sommer 2005 erstrahlt der erste Bauabschnitt der kernsanierten Martin-Buber-Schule in Groß Gerau in Hessen in frischen Farben. Für die Architektur ist das Architekturbüro Löwer und Partner aus Darmstadt und für die Farbkonzeption die Farbgestalterin und Architektin Monika Diefenbach aus Frankfurt verantwortlich. Allen voran war es die Schulleitung, die erkannte, dass das Thema Farbe gerade für Schulgebäude ein nicht zu unterschätzendes Medium ist. So kam es zur gesonderten Beauftragung für die Farbgestaltung.

Farbe im Lernumfeld Schule

Nicht erst seit „PISA“ weiß man, dass das Lernumfeld Einfluss auf das Arbeitsklima hat sowohl was das soziale Miteinander betrifft als auch das fachliche Lernen. Schon vor einigen Jahrhunderten hat der Schulreformer Jan Amos Comenius gefordert: „Die Schule selbst soll eine liebliche Stätte sein, innen und außen eine Augenweide.“ Das System Schule ist durch gesellschaftliche Veränderungen im Wandel begriffen. Dies sollte als Chance für Verbesserungen auch der räumlichen Qualitäten genutzt werden. Neben Klima, Akustik und Beleuchtung ist es die Farbgebung der Räume, die ausschlaggebend für stimulierende und motivierende Raumerlebnisse ist.

Mit einer optimalen Farbgebung lässt sich also eine inspirierende Atmosphäre schaffen, in der Menschen mit- und voneinander lernen und das Schulgebäude als ihr Lebensraum anerkennen können. Farbreize werden unbewusst und mit dem ganzen Körper aufgenommen im positiven wie im negativen Sinne. Aus diesem Grunde ist es außerordentlich wichtig, die bevorzugten und die abgelehnten Farben der Schüler, Schülerinnen und des Schulkollektivs zu kennen und bei der Gestaltung zu berücksichtigen.

Zielsetzung der Farbgestaltung

Die farbliche Gestaltung der Schule sollte abwechslungs- und anregungsreich sein. Andererseits wollen Schüler und Schülerinnen aber nicht von Farben bedrängt werden.

Die Atmosphäre soll freundlich sein mit sanfter Licht- und Farbwirkung. Ausgehend davon, dass Farben auf ihre Nutzer eine nicht unerhebliche Wirkung haben, funktioniert der Einfluss der Farben nur dann, wenn Farben nicht nur symbolisch oder dekorativ eingesetzt werden. Sie entfalten ihre Dynamik erst, wenn sie flächendeckend an Wänden, Decken und Fußböden eingesetzt werden. Wobei folgende Faktoren zu berücksichtigen sind: Blendfreiheit, keine großen Leuchtdichteunterschiede zwischen Tafel und angrenzender Wand, möglichst keine starken Reflexionen und gute Beleuchtung.

Befragungen zur Farbbevorzugung

Zu Beginn der Arbeit wurden an der Schule 184 Schüler und Schülerinnen aus allen Jahrgangsstufen und 31 Erwachsene, die an der Schule beschäftigt sind, befragt. Dies geschah unter anderem mit Hilfe einer Farbpalette mit insgesamt 27 Farben. Die Testpersonen wurden nach der 1. und 2. Vorzugsfarbe und der Ablehnungsfarbe befragt. Das Testmaterial wurde vom Institut für Farbdynamik, Bretzfeld entwickelt. Bei einem Vergleich Mädchen und Jungen fallen die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. So bevorzugen viele Mädchen eher Pastelltöne. Fast 50 % der Mädchen lehnen die Farben Schwarz und Dunkelbraun ab. Die Jungen bevorzugen verschiedene Blautöne. Auffallend ist bei ihnen die hohe Ablehnung der Farbe Rosa.

Interessant ist, dass man den jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder an der Wahl der Vorzugs- und Ablehnungsfarben erkennen kann. So verlagern sich die Farb-

präferenzen im Laufe der Jahre, und das bevorzugte Farbspektrum der Schüler und Schülerinnen wird mit dem Alter größer. Auch bei der Lehrerschaft zeigen sich deutlich geschlechtliche Unterschiede: Bei den Frauen stehen mehrere Pastelltöne an erster Stelle. Abgelehnt wird vor allem die Farbe Dunkelbraun. Die Männer bevorzugen eher Vollfarben wie Ultramarin. Sie lehnen an erster Stelle Schwarz ab.

Schule ist immer anders

Jede Schule kann farblich so gestaltet werden, dass sich alle wohl fühlen. Dafür ist aber immer eine individuelle Beratung erforderlich, denn die Ergebnisse der Befragung können nicht auf andere Schulen übertragen werden. Die soziale Zusammensetzung der Schüler, geografische Lage, Größe der Schule und viele weitere Faktoren sind für die Individualität jeder einzelnen Schule verantwortlich.

Farbkonzept – Wie fließen die Ergebnisse der Befragung in die Gestaltung der Schule ein?

Ziel ist es einen Farbkanon zu finden, der allen gerecht wird. Die ausgesuchten Farben sollen sowohl eine Harmonie bilden als auch eine große Abwechslung durch verschiedene Kombinationen ermöglichen. Im Farbkanon sind die Lieblingsfarben der Schüler- und Lehrerschaft enthalten. Sie werden gezielt und wohl dosiert nach Funktionen der Räume als Akzentfarben eingesetzt.

Auch die Farben der Wände, der Fußböden und der Türen sind keinem Zufall überlassen. Mit Pastelltönen und etwas kräftigeren Farbtönen werden die Oberflächen sehr differenziert gestaltet. Die unbunten Farben Schwarz, Grau und Weiß sind tabu. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Wände der naturwissenschaftlichen Räume zeigen einen anderen Pastellton als die der Klassenräume. Die Klassenräume der jüngeren Schüler sind anders gestaltet als die der älteren Schüler. Lehrerzimmer sind so angelegt, dass sie einerseits zur Kommunikation einladen andererseits Ruhe ausstrahlen.

Orientierung in den Gebäudetrakten
Gerade für die jungen Schüler und Schü-

lerinnen aber auch für Besucher ist es wichtig, dass sie sich in dem weitläufigen Schulgebäude leicht zurechtfinden. Der Gebäudetrakt 1 (Fachräume und Klassenräume der 8. – 10. Klassen) erscheint in eher kühlen Farben, der Gebäudetrakt 2 (Verwaltung und Klassenräume der 8. – 10. Klassen) in etwas wärmeren Farben mit kontrastreichen Akzenten und Gebäudetrakt 3 (Freizeitbereich und Klassenräu-

me der 5. – 7. Klassen) in warmen Tönen mit schwerpunktmäßig warmtonigen Akzenten. Auch die jeweiligen Geschossflure und Treppenhäuser sind unterschiedlich in der Farbgebung.

Resonanz

Nach einigen Monaten der Nutzung sind die Reaktionen der Schüler und Lehrer durchweg positiv. Sie sind vom abwechs-

lungsreichen Farbspiel begeistert. Alle sind bemüht, die schönen Oberflächen durch Achtsamkeit zu erhalten. ♦

Kontakt:

Monika Diefenbach
Architektin u. Diplom Farbberaterin
Berger Straße 368, 60385 Frankfurt
Tel. 069- 468338
www.architekturbuero-d.de

Aus Den Ländern

Brandenburg

Was ist los in Brandenburg?

Der Kreistag des Landkreises Prignitz als Schulträger der Gesamtschule Pritzwalk (mit gegenwärtig 600 Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 7 bis 13 und eine von nur gegenwärtig 42 Gesamtschulen im Land) hat auf seiner Sitzung am 3.11.2005 mit deutlicher Mehrheit beschlossen, im kommenden Schuljahr keine 7. Klassen an dieser Schule zuzulassen. Als Begründung wurde angegeben: Rückläufige Schülerzahlen und Gefährdung des Standortes des Gymnasiums und der Oberschule (bis zu Beginn dieses Schuljahres Realschule und mit gegenwärtig knapp 270 Schülerinnen und Schülern).

Es stellt sich die Frage auf welcher Grundlage die Abgeordneten ihre Entscheidung getroffen haben, denn an der Unkenntnis der Schülerzahlen und damit des Anwahlverhaltens/des guten Rufes der Gesamtschule kann es wohl kaum gelegen haben: Eine Bürgerinitiative übergab immerhin 6000 Unterschriften zum Erhalt der Schule, die Stadtverordneten sprachen sich ebenfalls für den Erhalt aus und im Rahmen eines 2tägigen Schülerstreikes (bei dem sich alle Schülerinnen und Schüler auf dem Schulgelände aufhielten, jedoch die Unterrichtsräume nicht aufsuchten) berichteten die Medien im ganzen Land von der Problematik und die GEW, unser Verband und die PDS-Bildungsexpertin des Landtages Gerrit Große informierten, protestierten und machten auf Konsequenzen für die Zukunft der Schülerinnen

und Schüler durch diesen Beschluss aufmerksam.

Sollte hier einfach ein Konkurrent ausgeschaltet werden?

Das kann nicht politische Absicht sein, oder?

Christine Feuerstake

Hamburg

Im Berichtszeitraum sind in der Öffentlichkeit verschiedene Themen diskutiert worden, die im weiteren Sinne zu dem Bereich „Eine Schule für alle“ gehören. Der Landesschulbeirat (ein Gremium, an dem u.a. verschiedene Gruppen des öffentlichen Lebens beteiligt sind) hat der Bildungsbehörde empfohlen, die Hauptschulen und die Realschulen zu integrierten Haupt- und Realschulen zusammenzufassen. In der Begründung dazu heißt es, dass an den Hauptschulen nur noch zehn Prozent eine Jahrgangsstufe ausgebildet werden und sich daraus für diese Schüler erhebliche pädagogische und psychosoziale Probleme ergeben. Die zuständige Senatorin, die weiterhin auf eine Stärkung der Hauptschulen setzt, hat sich zu diesem Vorschlag nicht geäußert.

Die Bürgerschaftsfraktion der CDU hat Maßnahmen vorgeschlagen, von denen sie erwartet, dass in den Gymnasien und Realschulen die Klassenwiederholungen reduziert und die Durchlässigkeit nach oben verbessert werden kann. Wiederholer sol-

len den Schulen bei der Mittelzuweisung nicht mehr angerechnet werden, stattdessen sollen Schulen („kostenneutral“) Mittel zur Förderung gefährdeter Schüler erhalten. Nach Abschluss der Beobachtungsstufe soll kein Schüler mehr aus der Realschule oder dem Gymnasium abgeschult werden; Absolventen der Realschule sollen direkt in die 10. Klasse des achtstufigen Gymnasiums eintreten können. So undurchdacht diese Vorschläge auch im einzelnen anmuten mögen, sie sind Ausdruck stärker werdenden Unbehagens über die systembedingten Unzulänglichkeiten des gegliederten Schulwesens.

Am 20.10.2005 hatte der Landesvorstand der GGG Gelegenheit zu einem Gespräch mit der Bildungssenatorin Dinges-Dierig (CDU). Kontrovers blieben die Standpunkte zu den Fragen: Ausstattung der Gesamtschulen, Umwandlung von Gesamtschulen in Ganztagschulen, Gestaltung der 9. und 10. Jahrgangsstufe, insbesondere der Beibehaltung des 10. Schuljahres für alle Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen. Der Vorstoß der GGG, die KMK-Vereinbarungen von 1982 und 1993 zu verändern, wurde erörtert. Dabei schien das Argument Beachtung zu finden, dass selbstverantwortete Schulen, die die Abschlussleistungen der Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage der Bildungsstandards überprüfen, in der Lage sein müssen, ihre pädagogisch-organisatorische Struktur selbst zu bestimmen.

Jürgen Riekmann

Nordrhein-Westfalen

Nach dem Regierungswechsel: Schulpolitik kränkelt

Noch zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen in keiner Weise ab, wohin die Schulpolitik treibt. Was Werner Kerski im Septemberheft der Gesamtschul-Kontakte (S. 14) hierzu geschrieben hat, gilt weiter. Die neue Regierung zeigt in der Schulpolitik wenig Kompetenz, dies gilt insbesondere für die neue Schulministerin als möglicherweise überforderte Leiterin ihres Ressorts.

Die versprochene Stärkung der Schulen durch „1000 zusätzliche Lehrkräfte“ – eine durchschnittliche „Verbesserung“ um ca. 0,6 % – erwies sich als Flop: die neuen Stellen waren teilweise gar nicht besetzbar. Lehrer und Lehrerinnen aus den vorhandenen „Altlisten“ waren vielfach nicht mehr an einer aktiven Tätigkeit interessiert, andere waren bereits als VertretungslehrerInnen oder Vollzeitkräfte eingesetzt. Ihre Versetzung hätte nur neue Löcher an den derzeitigen Arbeitsplätzen gerissen.

Die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für die Grundschulen wurde inzwischen zum Thema der kommunalen Schulausschüsse. Während vornehmlich die FDP die geplante Aufhebung der Grundschulbezirke „begrüßt“, zeigt sich in der CDU inzwischen eine Tendenz zur lokalen bzw. regionalen Beschlussfassung im Sinne einer „eigenverantwortlichen Regelungskompetenz zur kommunalen Schulorganisationsplanung“. Was das auch immer heißen mag.

Die Oppositionsparteien dagegen und ebenso die kommunalen Spitzenverbände fordern energisch die Beibehaltung der Schulbezirksgrenzen mit folgenden Hinweisen:

- kurze Beine, kurze Wege
- wohnortnahe Schulversorgung
- Durchmischung der Kinder aus allen sozialen Schichten
- Vermeidung einer Gettoisierung
- Verbesserung der Chancengleichheit
- sozialräumliche Vernetzung der offenen Ganztagsgrundschulen
- vorausschauende Schulentwicklungsplanung

Vieles spricht derzeit für eine Beibehaltung der Schulbezirksgrenzen. Aber die

Diskussion wird dazu führen, dass mehr Eltern als bisher Ansprüche zur Aufnahme in bestimmte Grundschulen geltend machen werden.

PISA-Erfahrungen scheinen immer noch nicht in der deutschen – nordrhein-westfälischen – CDU/ FDP-Bildungspolitik angekommen zu sein.

Heide Koehler

Sachsen

Sachsen – das einzige Bundesland, in dem es keine einzige Gesamtschule gibt

Aber jetzt gibt es nach jahrelanger Ruhe doch die Möglichkeit, integrative Schule zu entwickeln. Die im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD als neue Möglichkeit genannte Gemeinschaftsschule nimmt Gestalt an.

Seit Juli 2005 gibt es Leitlinien und Rahmen zur Gemeinschaftsschule, die vom Kultusministerium veröffentlicht wurden. Darin heißt es unter anderem:

„Gemeinschaftsschule (Schulversuch) Ausgehend vom Koalitionsvertrag hat der Staatsminister einen bildungspolitischen Rahmen für so genannte Schulen mit besonderem pädagogischen Profil/Gemeinschaftsschulen als Schulversuch erlassen. Damit werden unterschiedliche Formen längeren gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I und schulformübergreifende Kooperationen ermöglicht. Gemäß dem abgestimmten Rahmen können Gemeinschaftsschulen aus beliebigen regulären öffentlichen Schulen gebildet werden. Auch Förderschulen können einbezogen werden, wenn die sonderpädagogische Förderung gewährleistet ist. Für Gemeinschaftsschulen gelten ebenso die gesetzlichen Bestimmungen zur Mindestzügigkeit wie für Mittelschulen, das heißt, sie müssen in der Sekundarstufe I mindestens zweizügig sein.

Darüber hinaus werden keine strukturellen Vorgaben gemacht. Wenn sich der Schulversuch auf die Sekundarstufe I, also Formen des gemeinsamen Lernens ab Klasse 5 bezieht, sind schulorganisatorisch Verbindungen auch mit Grundschulen möglich. Die Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz zu Bildungszielen und der nationalen Bildungsstandards sind verbindlich.

An Gemeinschaftsschulen ist den Schülerinnen und Schülern fächerspezifisch das Ler-

nen nach verschiedenen Anspruchsniveaus auf der Grundlage der entsprechenden Lehrpläne zu ermöglichen. Abweichungen von der sogenannten äußeren Differenzierung in die Bildungsgänge Hauptschule, Realschule und Gymnasium sind nur möglich, wenn ein entsprechend untersetztes Konzept vorgelegt wird. Dabei muss die Anschlussfähigkeit an Bildungsgänge regulärer Schulen gesichert sein.“

Der komplette Wortlaut ist unter <http://www.sachsen-macht-schule.de/sabw/gems.html> zu finden.

Der GGG-Landesverband beteiligt sich im November und Dezember an einer Reihe von Veranstaltungen (Grüne, SPD, GEW, ...) in deren Mittelpunkt die Gemeinschaftsschule steht. Es wird also spannend in Sachsen.

Thomas Jahre

Schleswig-Holstein

Die Bildungspolitik ist einer der Schwerpunkte der neuen schwarz-roten Landesregierung. In den nächsten fünf Jahren soll von der vorschulischen Bildung bis zur Neustrukturierung der gymnasialen Oberstufe ein weites Feld reformiert werden. Eine auch nur schwerpunktmäßige Darstellung und Bewertung der Vorhaben würde den Rahmen dieses Länderberichts bei weitem sprengen. Daher soll an dieser Stelle nur auf einen für uns wesentlichen Aspekt eingegangen werden.

Nachdem es nach der Landtagswahl am 20.2.2005 zunächst so aussah, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse den konsequenten Einstieg in die Umstrukturierung des Schleswig-Holsteinischen Schulsystems in Richtung der „einen Schule für alle Kinder“, in Form der Gemeinschaftsschule mit sich bringen würde, mussten wir mit ansehen, wie durch einen einzelnen Abgeordneten bzw. durch eine einzelne Abgeordnete der Wählerwille verzerrt wurde. In der Schulpolitik bedeutete dies die Abkehr der schwarz-roten Koalition von der ursprünglichen Zielsetzung. Die Koalitionspartner gehen für die Dauer der Legislaturperiode von der Beibehaltung und Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems aus. Zwar soll es künftig neben dem gegliederten

Schulsystem und den Gesamtschulen auch Gemeinschaftsschulen geben können. Diese werden nach dem aktuellen Diskussionsstand jedoch einen ganz anderen Charakter als ursprünglich vorgesehen haben. Gemeinschaftsschulen können auf Antrag des kommunalen Schulträgers durch Zusammenlegung bestehender Schulen entstehen. Sie sollen eine gemeinsame integrierte Orientierungsstufe haben und auch darüber hinaus ein längeres gemeinsames

Lernen praktizieren. Dafür soll im Schulprogramm ein konkretes pädagogisches Konzept verankert werden. Dieser Anspruch bleibt weit hinter dem einer integrierten Gesamtschule zurück. Dennoch heißt es im Koalitionsvertrag, dass sich Gesamtschulen schrittweise zu Gemeinschaftsschulen entwickeln sollen. Auch wenn in Äußerungen aus dem Bildungsministerium dargelegt wird, dass dieser Passus nur für Gesamtschulen

gemeint ist, die dem integrativen Anspruch für eine Gemeinschaftsschule nicht genügen, werden wir hier wachsam sein müssen. Wir erwarten und fordern, dass keine Gesamtschule gegen ihren Willen gezwungen wird, sich in irgendeiner Hinsicht strukturell zu verändern. Ebenso dürfen die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit an den Schulen nicht verschlechtert werden.

Dieter Zielinski

Hartmut von Hentig zum 80. Geburtstag

von Klaus Winkel

Spontaner, herzlicher und langer Beifall füllte den Rathaussaal in Kleinmachnow am Abend des 23. September. Versammelt waren, wie diesem Heft zu entnehmen ist, Schul- und Bildungsexperten, von denen viele seit Jahren intensiv an der Reform von Schule und Unterricht arbeiten. Zusammen mit Prof. Rita Süßmuth, die den Vortrag zum Bildungsfest im Rahmen des Gesamtschulkongresses hielt, gratulierten sie Hartmut von Hentig zum 80. Geburtstag.

Für die deutsche Pädagogik, für die Schulreform, die Lehrerbildung, für das Nachdenken und für die Diskurse über das Lehren und Lernen war und ist Hartmut von Hentig ihnen seit vielen Jahren Stichwortgeber, Anreger, Mahner und Reflexionspartner, ermutigt er sie Schule neu zu denken.

Er wirkt

- durch seine ungewöhnliche Produktivität in Wort und Text, die sich nicht nur auf pädagogische Fragen beschränkt,
- durch Aufbau und Leitung der Bielefelder Laborschule und des Oberstufenkollegs bis zu seiner Emeritierung als Professor für Pädagogik 1987
- und durch seine aktive Mitwirkung in der Friedensbewegung.

Wort und Tat machen ihn all jenen zum Vorbild, die, leidenschaftlich wie er, Schule in einen Ort verwandeln wollen „for kids to grow up in“, die wie er wissen, dass dies zu keiner Zeit im Nachkriegsdeutschland wichtiger – und vielleicht

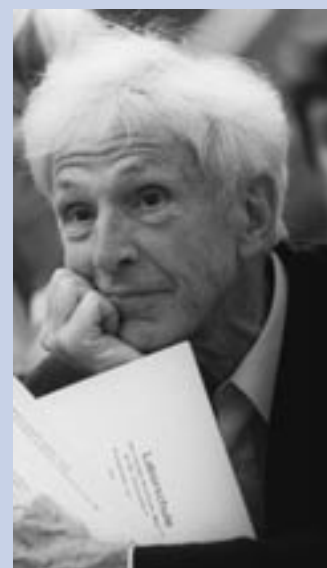
nach dem PISA-Schock chancenreicher – war als heute, und denen die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland Auftrag ist.

Die Gesamtschuldiskussion, die vor allem von der GGG geführt wird, verdankt u.a. ihm und seinen Bielefelder Kolleginnen und Kollegen Idee und Anschauung der anderen Gesamtschule. Die Laborschule ist nicht die Antwort auf die „deutsche Bildungskatastrophe“ zum Ausschöpfen von Begabungsreserven im Rüttelsieb der Zweier-, Dreier- oder Viererdifferenzierung in allen sog. Haupt- und noch weiteren Fächern; sie ist entstanden als Gegenentwurf zur verwalteten, beherrschenden, kasernierenden, taylorisierten Unterrichtsanstalt: Ein Lebensraum für Kinder und Jugendliche, ein demokratisches Gemeinwesen überschaubar und dialogisch wie eine Polis, in der jede Person ihr Recht auf das eigene Wort und die eigene Meinung hat. In der Laborschule haben Lebensprobleme ihren Platz, werden bearbeitet und gelöst. Lesen, Schreiben, Rechnen und Geschichte sind dafür ungemein hilfreich. Die Kinder und Jugendlichen setzen sich damit nicht in Unterrichtsfächern – wie denn auch – auseinander, sondern in Erfahrungsräumen. Die Laborschule als Ganztagschule und als gestalteter Großraum ist der zeitliche und bauliche Ausdruck der neu gedachten Schule.

Viele GGG-Mitglieder haben von und in der Laborschule gelernt.

HARTMUT VON HENTIG, Diplomatensohn, hat eine solche Schule wenn überhaupt dann nur kurz erlebt. 13 Schulwechsel in 5 Ländern bewältigte er, bevor er 1943 in Berlin Abitur machte. Zu diesen vielfältigen Schulerfahrungen kommen jene als Soldat und amerikanischer Kriegsgefangener. Danach studierte er alte Sprachen, wurde Lehrer in einem Landerziehungsheim und in einem Tübinger Gymnasium und später, 1964, Professor für Pädagogik in Göttingen. Studiert hat er dieses Fach nicht. Als er 1968 an die neu gegründete Universität Bielefeld berufen wurde, waren die Laborschule und das Oberstufenkolleg als wissenschaftliche Einrichtung seine Bedingungen.

Seit 1987 lebt und schreibt er in Berlin. Beim nächsten Gesamtschulkongress sollte er dabei sein. Der Festvortrag muss ja nicht wieder auf den 23. September fallen.





Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



Politischer Umbruch und dennoch Gesamtschule

von Joachim Lohmann

Mit einem bisher unbekanntem politischen Umbruch zugunsten bürgerlicher Landesregierungen hat eine einmalige Möglichkeit zu einer schulpolitischen Gegenreform bestanden, die aber nur begrenzt genutzt wurde. Seit 1998 hat sich die Macht in zwölf Ländern verschoben, in 9 konnte die CDU die Macht gewinnen oder deutlich ausbauen, in 3 Ländern die SPD.

Nur Ansätze einer schulpolitischen Gegenreform

Zwar war die Gesamtschule weiterhin das Feindbild der bürgerlichen Parteien, auch in den Wahlprogrammen, doch zur systematischen Schließung von integrierten Gesamtschulen ist es in keinem Land gekommen.

Anläufe und Ansätze einer schulpolitischen Gegenreform waren die Aufhebung der Orientierungsstufe in Niedersachsen im Jahre 2004 und die weitere Einschränkung der Oberstufe. Aber die integrierte Gesamtschule insgesamt, wie auch die sechsjährige Grundschule in Berlin und Brandenburg, blieben trotz massiven Drucks unter CDU-Regierungsbeteiligungen erhalten.

Gründe

Wie ist der Erhalt der integrierten Gesamtschule trotz des politischen Umbruchs zu erklären?

Alle Landesregierungen tun sich schwer, eine Schulart, selbst einzelne oder mehrere

Schulen aufzuheben; der Widerstand von Lehrern, Eltern und Schülern und oft auch der Gemeinde ist groß.

Das galt allerdings nur eingeschränkt für die Orientierungsstufe, wo sie wegen eines erneuten Klassen- und häufig auch Schulwechsels nach nur zwei Schuljahren immer strittig war.

Bei integrierten Gesamtschulen ist mit noch stärkerem Widerstand zu rechnen, sofern diese in einem Land stärker verbreitet und attraktiv sind.

1. Integrierte Gesamtschulen sind überwiegend nicht durch Umorganisation von oben herab entstanden, dadurch gibt es oft ein höheres Engagement von Lehrern, Eltern und Schülern, das durch das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik noch gestählt ist.
2. An vielen Standorten gibt es häufig kein alternatives vollständiges Schulangebot in unmittelbarer Nähe, so dass sich Kommunalvertreter – auch unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – gegen eine Aufhebung wehren würden.

Auch in Zukunft ist mit keinem Versuch, die integrierte Gesamtschule in einem Bundesland mit breiterem Gesamtschulangebot generell aufzuheben, zu rechnen. Falls es dennoch zu einem Anlauf käme, sollten die Gesamtschulanhänger ihre eigene Macht nicht unterschätzen.

Bewertung, Bedeutung

Der Verzicht bürgerlicher Landesregierungen, die Konfrontation mit den integrierten Gesamtschulen zu wagen, ist

noch kein Friedensschluss, sondern bedeutet zumeist nur deren Duldung. Ein Ausbau ist jedoch fraglich, das niedersächsische Schulgesetz untersagt die Errichtung weiterer Gesamtschulen.

Maßnahmen, welche die Attraktivität der Gesamtschulen verringern sollen, sind zu befürchten, so der Abbau vermeintlicher Bevorzugungen wie Ganztagsangebote, ‚privilegierte‘ Lehrerruhestellen u.a.m. Auch werden die Regierungen das gegliederte Schulwesen z.B. über Ganztagsschulen aufzuwerten versuchen.

Herausgefordert werden CDU/CSU durch die zurückgehenden Schülerzahlen. Werden sie teure Kleinstschulen zulassen, Sekundarschulstandorte bzw. kooperative Gesamtschulen aufheben oder integrierten Schullösungen akzeptieren – unter welchem Namen auch immer? Ein (halber) Durchbruch allerdings ist zunächst nur bei großen Koalitionen denkbar. In Schleswig-Holstein und Sachsen ist in den Koalitionsverträgen die Errichtung von Gemeinschaftsschulen vorgesehen; ihre Ausgestaltung ist offen. Sofern sie in der inneren Organisation und der Vergabe von Berechtigungen den integrierten Gesamtschulen entsprächen und es zu mehreren Gründungen käme, würde auch eine später denkbare bürgerliche Regierung den faktischen Friedensschluss kaum aufheben können. Ähnliches könnte für Brandenburgs Oberschulen gelten. In Bremen kann es zur Umwandlung von Schulzentren (KGS) zu integrierten Gesamtschulen unter der Bedingung kommen, dass parallel eigenständige Gymnasien errichtet werden. Dass weitere künftig denkbare CDU-geführte Regierungen einmal die mit ihrer Zustimmung errichteten Gesamtschulen wieder aufheben könnten, ist sehr unwahrscheinlich. ♦